Der Sturz Pol Pots – Aufstand oder vietnamesische Aggression?

Seite 10

1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 22 vom 1. Juni 1979 13 Jahrgang 1 DM

Ex-Sa-Mann Bundespräsident

Strauß Kanzlerkandidat? Stoppt den Vormarsch des Faschismus!

Kaum ist der Ex-SA- und NSDAP-Mann, der Waffenschieber Carstens zum Bundespräsidenten gewählt, da inszenieren die Reaktionäre eine neue Provokation: Franz Josef Strauß hat seinen Anspruch auf eine Kanzlerkandidatur für die Unionsparteien angemeldet.

freiheitliche Verantwortung und

Hamburger Antifaschisten-Prozeß eingestellt!

Am 23. Mai wurde per Gerichtsbeschluß bekanntgegeben, daß der nun ein Jahr dauernde Mammutprozeß gegen acht Hamburger Antifaschisten eingestellt wurde. Das ist ein großer Erfolg im Kampf gegen die skandalösen Antifaschistenprozesse der Bonner Justiz.

Damit ist der Versuch gescheitert, in einer Wiederaufnahme des im November 1978 geplatzten Prozesses doch noch eine Verurteilung der Antifaschisten zu erreichen, die wegen einer Demonstration gegen ein internationales Faschistentreffen bestraft werden sollten.



Dieser Prozeß ist gescheitert, weil die Angeklagten sich durch über 40 Verhandlungstage nicht haben kleinkriegen lassen. Weil die fragwürdigsten Methoden wie zum Beispiel die „Zeugenpräparierung" das Gericht immer mehr in Widersprüche verstrickten, was schließlich dazu führte, daß ein beisitzender Richter kopflos aus dem Verhandlungsraum rannte. Und nicht zuletzt, weil eine durch die „Holocaust"-Diskussion aufgerüttelte Öffentlichkeit und eine wachsende Protestbewegung eine Verurteilung — auch angesichts der Empörung über die Majdanek-Freisprüche — nicht mehr hinnehmen wollte.

Alle, die ihre Solidarität gezeigt haben, freuen sich jetzt mit den angeklagten Antifaschisten über diesen Erfolg. Sie wissen aber, daß weitere Anstrengungen nötig sind, um der einäugigen Bonner Justiz — hier Verurteilung von Antifaschisten, dort Freispruch für NS-Mörder — Einhalt zu gebieten.

(siehe auch Seite 7)

Jugendarbeitslosigkeit in China

Peking. Nach offiziellen chinesischen Angaben gibt es zur Zeit allein in Peking fast 400 000 junge Arbeitslose. Offensichtlich bereitet es der chinesischen Führung zunehmend Schwierigkeiten, die steigende Zahl der Schulabgänger und Hochschulabsolventen auf dem Arbeitsmarkt unterzubringen. Damit erweisen sich die Propagandasprüche eines Deng Xiaoping vom steigenden Wohlstand des chinesischen Volkes als Lügen, wie wir sie von allen kapitalistischen Machthabern in Ost und West gewohnt sind.

Kremlherren unterstützen Zionisten

Israel. Mitte Mai traf eine Delegation von hochrangigen sowjetischen Regierungsbeamten in Israel ein. Über den Inhalt der Gespräche wurde nichts bekanntgegeben. Es ist jedoch eine Tatsache, daß die russischen Sozialimperialisten insbesondere durch das massenhafte Abschieben von sowjetischen Juden nach Israel der Sache des palästinensischen Befreiungskampfes großen Schaden zufügen, denn Moskau weiß genau, daß die „Auswanderer" vorzugsweise in den besetzten ara-

Unionsparteien angemeldet.



„Freiheit ist nur in Ordnung möglich", äußerte Strauß anerkennend bei seinem Besuch im faschistischen Chile 1977. Das ist die „Freiheit", die er meint.

Beide Ereignisse stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verschärfung der kapitalistischen Krise in der Bundesrepublik. In Erwartung zunehmender Klassenauseinandersetzungen im Innern und wachsender Konfrontation auf internationaler Ebene setzt das westdeutsche Großkapital mehr und mehr auf einen offen reaktionären und faschistischen politischen Kurz, favorisiert es zunehmend solche Politiker wie Strauß und Carstens.

Strauß selbst begründet die Notwendigkeit seiner Kandidatur mit der zu erwartenden Verschärfung der bundesdeutschen und internationalen Situation in den achtziger Jahren. Aufgrund derselben Einschätzung lehnte umgekehrt der von der SPD/FDP ausersehene Weizsäcker eine Bundespräsidentenschaftskandidatur ab.

In der reaktionären Presse wird bereits eine Tendenzwende beschworen. „Der Wind hat sich gedreht", schreibt „Bild am Sonntag", „er bläht die Segel der Konservativen. (...) Ehre, Liebe, Treue, Patriotismus, Verteidigungsbereitschaft, freiheitliche Verantwortung und Zukunftssicherung durch Fortschritt stehen wieder höher im Kurs." — Und Strauß scheint den Kapitalisten ein geeigneter „Führer", um die „alten Tugenden" wieder in die Tat umzusetzen. Das Gerangel um die Kanzlerkandidatur in den Unionsparteien ist noch nicht zum Abschluß gekommen; über Strauß' Kandidatur ist noch nicht endgültig entschieden. Aber mit Strauß' Anspruch — ebenso wie zuvor mit Carstens' Präsidentschaft — ist den offenen Reaktionären, Faschisten, kalten Kriegern, Kriegstreibern, den alten Hitler-Generalen und Bonner Revanchisten ein Signal gegeben. Sie wittern Morgenluft.

Nach der Präsidentschaft eines Carstens ist die mögliche Kanzlerkandidatur von Strauß eine weitere Herausforderung an die Adresse der westdeutschen Werktätigen, der fortschrittlichen und antifaschistischen Menschen Westdeutschlands und der ganzen Welt. Eine Kanzlerschaft dieses Reaktionärs kann nicht hingenommen werden. Es gilt, den Vormarsch der Reaktion und des Faschismus in unserem Land zu stoppen!

Unternehmer kurbeln die Inflation an

Man hat noch die prahlenden Sprüche des Bundeskanzlers im Ohr: Die Bundesrepublik habe die niedrigste Inflationsrate mit 2,6 Prozent. Da kommt die Inflation „ins Traben".

Im Monat April waren, wie das Statistische Bundesamt bekanntgab, die Preise um 3,5 Prozent höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Das ist der gleiche Wert, den die „Fünf Weisen" für das ganze Jahr 1979 vorausgesagt hatten. Jetzt ist für das Jahr 1979 mit weit höheren Werten zu rechnen. Das mußte auch Bundesbankpräsident Emminger zugeben.

Für die Werktätigen in unserem Land ist diese Preiswelle die zynische Antwort der Unternehmer auf die „im Namen der Arbeiterschaft" gezeigte Zurückhaltung der Gewerkschaftsführung bei den Lohnforderungen. Die Heizöl-Teuerung ist noch allen in Erinnerung. Die Benzinpreiserhöhung ist ein weiteres größeres Anzeichen dieser Preiswelle, die drastisch in das Portemonnaie des Werktätigen greift. Doch schon kündigt die „Wirtschaftswoche", ein Organ der Kapitalistenklasse, an, daß die Ölpreisteuerung sich erst in den nächsten Monaten so richtig auf die Autofahrer auswirken wird. Auch steht am 1. Juli die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 13 Prozent an, die eine weitere Welle von Preiserhöhungen nach sich ziehen wird.

Von daher wird die Forderung nach einem Lohnnachschlag immer aktueller.

Methoden wie zum Beispiel die „Zeugenpräparierung" das Ge-

(siehe auch Seite 7)

25jähriger von Bochumer Polizei erschossen

Auf der Aschenhalde der stillgelegten Zeche „Hamburg" in Witten hat die Bochumer Polizei in der Nacht zum 24. 5. den 25jährigen Lackierer Bernhard Deffner erschossen.

Nach Angaben der Polizei hatte Deffner selbst die Polizei gerufen, um eine Rauschgiftübergabe hochgehen zu lassen. Die Polizei schickte einen Streifenwagen mit vier Beamten. Aber nur zwei Beamte in Zivil begaben sich zu dem Übergabeort. Deffner, verunsichert über die zwei zivilen Gestalten, rief sie an: „Wer seid ihr denn?" Daraufhin sind die Beamten, ohne zu antworten, auf ihn zugegangen. Offensichtlich im Bewußtsein der Gefahr zog Deffner daraufhin eine Gaspistole vom Typ Reck PK 800. Sofort schossen die Polizisten und trafen ihn in einen Oberschenkel und ins Herz.

Unmittelbar nach der Tat unternahm die Polizei eine Haussuchung in der Wohnung Deffners; angeblich, um nach Rauschgift zu suchen. Sie mußte aber zugeben, daß kein Rauschgift in seiner Wohnung gefunden wurde.

Dies ist jetzt der zehnte von der Bochumer Polizei Getötete in vier Jahren. Erst eine Woche vorher war ein Bochumer Zahnarzt ohne erkenntlichen Grund von Polizei beschossen worden (siehe RM 21/79). Es häufen sich die Fälle, in denen die Polizei so vorgeht: In Zivil, und ohne sich zu erkennen zu geben werden Menschen bedrängt, die sich dann bedroht fühlen und davonlaufen oder Abwehrreaktionen zeigen. Sodann wird ohne Vorwarnung geschossen.

Wie auch in anderen Städten ist in Bochum bisher selten ein Todesschütze der Polizei wegen seiner Tat bestraft worden!

zugsweise in den besetzten arabischen Gebieten angesiedelt werden. Obwohl die Herren im Kreml sich gerne als Freund der arabischen Sache aufspielen, sind sie genau wie alle anderen Imperialisten Feinde der arabischen Völker.

Doch kein „menschliches Versagen"

Die Lüge der amerikanischen Atomkontrollbehörde vom „menschlichen Versagen" bei der Atomkatastrophe von Harrisburg ist spätestens mit dem offiziellen Bericht des Kongreßabgeordneten Weaver vor dem Innenausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses geplatzt. Nach Weavers Angaben kann sich ein derartiges Unglück „jederzeit wiederholen"! Über das Kontrollsystem sagte er: „Meßgeräte, soweit es sie überhaupt gab, hatten versagt, waren falsch eingestellt oder am falschen Platz angebracht". Er habe keinen Bedienungsfehler entdecken können, der nicht in engem Zusammenhang mit einem Konstruktionsfehler gestanden habe.

Volkskämpfe in San Salvador

Der Widerstand des Volkes von San Salvador gegen die herrschende Militärdiktatur nimmt immer breitere Ausmaße an. In den letzten Wochen und Monaten haben die Militärs aus Angst vor der Revolution des Volkes ihren Terror erheblich verschärft.

Eine Aktion der Militärs, bei der über 40 Menschen erschossen worden waren, löste große Empörung unter den Massen aus. Die Trauerfeier für die Opfer des Militärregimes verwandelte sich in eine machtvolle Protestdemonstration. Zehntausende Menschen aus der Hauptstadt versammelten sich frühmorgens mit riesigen Transparenten und marschierten durch die Straßen bis zum Friedhof. Aufmarschierte schwerbewaffnete Polizei und Truppeneinheiten konnten die machtvolle Kundgebung nicht verhindern.

Am letzten Donnerstag nahmen trotz Demonstrationsverbot rund 7 000 Menschen an einer Trauerfeier für sieben Demonstranten teil, die Dienstag zuvor von der Polizei erschossen worden waren. Im Gegenschlag zu dem Militärterror erschossen Revolutionäre den Erziehungsminister von San Salvador.

Ähnlich wie in San Salvador sind in den mittelamerikanischen Staaten Honduras, Guatemala und vor allem Nicaragua die Kämpfe der Völker mächtig angewachsen. Die Tage der mittelamerikanischen Militärdiktaturen sind gezählt.



Die Nationalgarde hat mit Maschinenpistolen in die Menge gefeuert. Fassungslos starren die Menschen auf die Ermordeten. Unter den Toten ist auch eine schwangere Frau.

Kommentar

Der 1. Juni, der Internationale Tag des Kindes, soll uns Anlaß sein, eine kurze Zwischenbilanz zum „Jahr des Kindes" zu ziehen, zu dem das Jahr 1979 bekanntlich erklärt wurde. Es ist eine erschreckende Bilanz. Das sei gleich vorweg gesagt. Erßen. Von 1953 bis 1976 waren es insgesamt 36000! Damit liegt die Bundesrepublik, auch im Weltmaßstab gesehen, an der Spitze! Und was geschieht? Die Regierung findet geschwollene Worte wie etwa im Bericht zur Situation der Kinder in der

Kostenfaktor Kind

schreckend, weil die Lage der Kinder in der kapitalistischen Welt erschreckend ist. Erschreckend aber auch deshalb, weil sich im „Jahr des Kindes" zwar jeder Politiker, der etwas auf sich hält, verpflichtet fühlt, eine mehr oder minder sentimentale Ansprache zu halten, keiner von ihnen aber die gleiche Verpflichtung fühlt, praktische Konsequenzen zur Verbesserung der Lage der Kinder in die Wege zu leiten. Denn praktische Konsequenzen kosten Geld. Geld, das dieser Staat, wie auch der neue Bundeshaushalt zeigt, für „wichtigere" Dinge braucht als für unsere Kinder — für die Rüstung, für die weitere Aufrüstung der Polizei, für die Diäten der Abgeordneten, für Staatsbankette usw. usf.

So benutzen die Herren Politiker ihre Ansprachen zum „Jahr des Kindes" lieber dazu, um einen dringlichen Appell an die Eltern zu richten, ihnen auf diese Weise mehr oder weniger unverblümt die gesamte Verantwortung für die, gelinde gesagt, kinderfeindlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik in die Schuhe zu schieben.

Aber so leicht können die Herren in Bonn und den Ländern und Kommunen sich nicht

Bundesrepublik aus dem Jahr 1975, wo es heißt: „Die Bundesregierung betrachtet die Kinderunfälle und die tragischen Folgen für die betroffenen Familien mit ernster Sorge." Ansonsten geschieht so gut wie nichts. Es werden weder die Schulwege gesichert, sichere Schulbusse mit Begleitpersonen für die Kinder eingesetzt, Spielstraßen geschaffen oder ähnliches. Noch nicht einmal mit dem vielbeschworenen Verkehrsunterricht wird wirklich ernst gemacht. Ganze 0,25 Mark pro Kind wurden 1977 von der Bundesregierung dafür ausgegeben!

Wie verlogen der Appell der Politiker an die Eltern, der Versuch, ihnen die Verantwortung für die miserable Lage der Kinder in die Schuhe zu schieben, ist, zeigt sich mit besonderer Deutlichkeit am Bildungswesen. Seit Jahr und Tag wird von der „Bildungsmisere" in der Bundesrepublik gesprochen. In verschiedenen Bundesländern haben Hunderttausende von Eltern mit ihren Unterschriften gegen Unterrichtsausfall, zu große Klassen und Lehrermangel protestiert. Wiederholt wurden sogar Schulstreiks durchgeführt. Und die Antwort der Regierung in Bonn und den Ländern? Statt die Klassen endlich

Dieser Präsident ist eine Provokation

Am Mittwoch, den 23. Mai wurde Karl Carstens von der Bundesversammlung in Bonn zum Präsidenten der Bundesrepublik gewählt; am 1. Juli tritt er das Amt an. Die Wahl dieses Reaktionärs ist ein Affront gegen alle fortschrittlichen und antifaschistisch gesonnenen Menschen in der Bundesrepublik und in der Welt.

Gegen die Wahl Carstens, dieses ehemaligen SA- und NSDAP-Mitglieds, dieses Mitwissers und Beschirmers von illegalen Waffengeschäften des Bundesnachrichtendienstes, gab es im In- und Ausland zahlreiche und massive Proteste. In Bonn drückten mehrere tausend Menschen ihre Empörung aus; die Demonstration wurde von der Polizei stark behindert. Zu Demonstrationen kam es auch in Marburg, Bremen, Hamburg, Regensburg. In Köln besetzten Studenten das Institut, an dem Carstens einen Lehrstuhl innehat.

Die Bundesversammlung selbst tagte unter starkem Polizeischutz. Die Zufahrtstraßen waren hermetisch abgeriegelt; über dem Tagungsort kreisten Hubschrauber; Überfallwagen, Polizeikräfte mit Hundestaffeln und Bundesgrenzschutzeinheiten standen bereit.

Karl Carstens — eine Karriere

Karl Carstens trat 1934 der SA bei. Über diese Organisation sagte der sowjetische Hauptankläger Rudenko im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß unter anderem:

„Die SA war eine der zahlenmäßig stärksten verbrecherischen Massenorganisationen der Hitlerpartei. Die aktive verbrecherische Tätigkeit ihrer Mitglieder (...) ist durch die Gerichtsverhandlung in vollem Umfang bewiesen. Die Sturmabteilungen der deutschen faschistischen Partei, deren Tätigkeit einen recht bedeutsamen Teil der Geschichte der Verbrechen des Hitlerregimes darstellt, müssen unbedingt vom Gericht als eine verbrecherische Organisation erklärt werden." (Der Gerichtshof folgte hierin

men, die vom Hitlerstaate gepflegt wurden."

Seiner im Hitler-Staat gezeigten Haltung ist Carstens auch nach 1945 nicht untreu geworden. Unter Adenauer kam er im Juni 1960 als Staatssekretär ins Bonner Auswärtige Amt. Ab Juli 1961 wurde er ständiger Stellvertreter des Außenministers Schröder. In diesen Stellungen bestimmte Carstens sechs Jahre die Politik des kalten Krieges mit bis hin zur Unterstützung der amerikanischen Aggression in Vietnam. Unter Kiesinger wurde er als Staatssekretär im Bundeskanzleramt der Verantwortliche für den Bundesnachrichtendienst. Nun deckte und förderte er illegale Waffengeschäfte mit reaktionären und faschistischen Regimen, was er im Jahre 1974 vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß abstritt. Den daraufhin erhobenen Vorwurf der Falschaussage konnte er bis heute gerichtlich nicht entkräften.

Carstens weiß sich mit der Politik eines Strauß aufs engste verbunden: „Strauß und ich stimmen in den grundlegenden Fragen, um die es zur Zeit geht, voll überein." Carstens ist einer der aktivsten Einpeitscher der Berufsverbote.

In den letzten Jahren betonte er wiederholt seine „volle Übereinstimmung" mit der Politik der „Landsmannschaften" und Revanchistenverbände. Er will „für die deutsche Einheit **kraftvoll** eintreten."

Ein gestörtes Verhältnis zu den Arbeitnehmern stellte Carstens mit der Aussage in Abrede, daß er ja schließlich während seiner sechsjährigen Militärzeit Tag für Tag mit Arbeitnehmern zusammengewesen sei. Im übrigen ist Carstens ein entschiedener Gegner von Lohnsteigerungen und hohem Lohnniveau. Mit den Kapitalisten weiß er sich bestens verbunden. Er pflegt besonders enge Kontakte zum Wirtschaftsrat der CDU/CSU, in dem einflußreiche Repräsentanten bundesdeutschen Groß- und Bankkapitals zusammengeschlossen sind.

NS-Rassist Europakandidat der CDU

Der niedersächsische Spitzenkandidat der CDU für die Europawahl, Hans-Edgar Jahn, hat nach einem Bericht des „Stern" in der Nazi-Zeit übelste rassistische Hetzpropaganda betrieben. Jahn ist Verfasser eines Buches mit dem Titel „Der Steppensturm", das 1943 erschienen ist.

In diesem Buch ist von einer „typisch jüdischen Heuchelei" und einer „ganzen Erbärmlichkeit der jüdischen Rasse" die Rede. Jahn bezeichnet hier Juden unter anderm als „Bastardgestalten" mit „bestialischen Instinkten", Russen als Bastarde zwischen Mensch und Tier.

Hans-Edgar Jahn war während des zweiten Weltkrieges Marineleutnant; 1944 wurde er sogar zum NS-Führungsoffizier ernannt. Jahn ist ein weiteres Beispiel dafür, daß die offizielle Bundesrepublik braunbelasteten Elementen ein weites Tätigkeitsfeld eröffnet. Seine Kandidatur zur Europawahl ist eine ebensolche Provokation wie die eines Otto von Habsburg oder die der KZ-Aufseherin Hildegard Lächert.

Nazi-Schmierereien an Buchladen

Mit Sprüchen wie: „Gegen Kommunismus", „Deutschland erwache" und „Juden" sowie mit Hakenkreuzen beschmierten Neonazis den Buchladen „Roter Morgen" in Bremen. In den Schaukästen des Buchladens hingen Plakate und Flugblätter aus, die zum Kampf gegen die drohende Verjährung von Nazi-Verbrechen aufriefen.

dern und Kommunen sich nicht aus der Verantwortung ziehen. Denn wenn das Wohl der Kinder in einer Gesellschaft natürlich auch von den Eltern abhängt, und es hier in der Bundesrepublik wie überall sicherlich einzelne Mißstände und Mängel gibt, so ist doch das Wohl der Kinder in einem Staat in erster Linie ein gesellschaftspolitisches Problem. Auch und gerade an der Lage unserer Kinder zeigt sich, in welchem Staat wir leben.

Nach wie vor, das beweisen die jüngsten regierungsoffiziellen Zahlen, beträgt die Säuglingssterblichkeit in der Bundesrepublik 2,3 Prozent. Eine Zahl, mit der die Bundesrepublik im Vergleich mit anderen europäischen Ländern an 14. Stelle liegt. Und das, obwohl die Bundesrepublik eines der reichsten europäischen Länder ist! Nach wie vor, auch das beweisen kürzlich veröffentlichte Zahlen, sterben weit über 1 000 Kinder jedes Jahr auf den Stra-

dern? Statt die Klassen endlich zu verkleinern, den Unterrichtsausfall endlich zu beheben, wurden in den letzten Jahren an die 13 000 Lehrer nicht eingestellt, weitere 20 000 nur mit halber Stundenzahl beschäftigt. Und auch im „Jahr des Kindes" ist keine Verbesserung zu erwarten. Im Gegenteil. Die Devise heißt nach wie vor: Sparen. Sparen auf Kosten unserer Kinder.

So zeigen bereits diese wenigen Ausschnitte aus dem Bild, das die Lage unserer Kinder heute kennzeichnet, die grundlegende Heuchelei in den Sonntagsreden der Politiker. Man spricht davon, daß die Kinder und ihr Wohl das höchste Anliegen dieses Staates seien. Aber in Wirklichkeit sind sie nichts als ein Kostenfaktor. Wichtig als Konsumenten und als zukünftige Arbeitskräfte. Davon abgesehen aber nichts als eine Last für diesen kapitalistischen Staat, die möglichst wenig kosten darf.

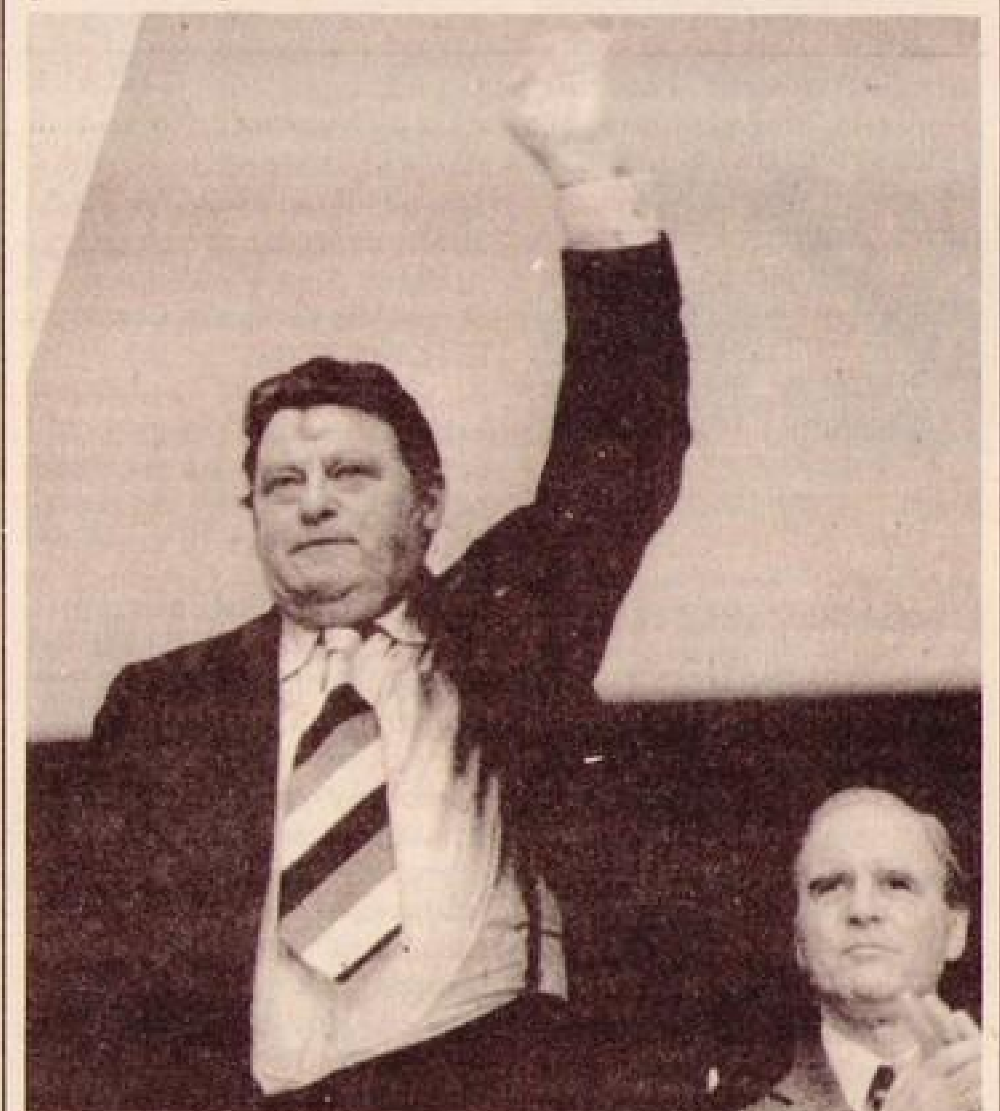
Aus dem Inhalt

Herausgeber: ZK der KPD/ML
Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79600 — 461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlev Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

(Der Gerichtshof folgte hierin allerdings — wie auch in anderen Punkten — nicht dem Antrag des sowjetischen Anklägers!)

Karl Carstens stellte 1937 seinen Aufnahmeantrag an die NSDAP. In der faschistischen Wehrmacht war er schließlich als Propagandaoffizier tätig. Über die faschistische Propaganda sagte der sowjetische Ankläger Rudenko in Nürnberg:

„Die deutsch-faschistische ‚Ideologie' hat die wildesten und gemeinsten Instinkte entfesselt. Die Faschisten erhoben die Willkür, die Gewalt, die Verunglimpfung der Menschen zum Prinzip. Sie erklärten die Ideen der Freiheit, die Ideen der Aufklärung und die Forderungen der Humanität als gefährlich für die ‚Herrenrasse.' (...) Der Dunst des Chauvinismus und des Menschenhasses vergiftete systematisch das Bewußtsein der Deutschen als Folge der faschistischen Propaganda und des gesamten Systems der Maßnah-



Zwei Gesinnungsfreunde — Strauß und Carstens

Kommunalwahlen in der DDR

„Überwältigender Vertrauensbeweis"?

Am 20. Mai sind in der DDR Kommunalwahlen abgehalten worden. Die SED-Führung will der Welt weismachen, daß das Ergebnis dieser Wahlen einen „überwältigenden Vertrauensbeweis" für den SED-Staat darstelle.

Dieser „überwältigende Vertrauensbeweis" erklärt sich aus der Art und Weise, wie in der DDR gewählt wird.

Da bekommt man also den Wahlzettel mit den von der „Nationalen Front" auf die Einheitsliste gesetzten Kandidaten. Wer nun dem DDR-Staat keinen Denkzettel verpassen will, der wirft einfach diesen Zettel in die Urne. Er hat damit mit Ja gestimmt.

Will jemand mit Nein stimmen, weil er die Liste ablehnt, so „darf" er die bereitstehenden Wahlkabinen benutzen. Er muß dann alle Kandidatennamen einzeln durchstreichen, wenn sein Wahlzettel als gültige Neinstimme akzeptiert werden soll. Aber allein schon durch seinen Gang zur Wahlkabine gibt er sich als Gegner des SED-Regimes zu erkennen und setzt sich allen möglichen Repressalien aus. Auf diese Art und Weise bekommt die Honecker-Clique regelmäßig über 99 Prozent der Stimmen für die Einheitsliste zusammen.

Es gehört schon einiges dazu, mit einem Nein offen gegen das sozialfaschistische SED-Regime zu opponieren. Ein Anzeichen einer wachsenden Gärung ist deshalb die Tatsache, daß die, wenn auch geringe, Zahl der ungültigen Stimmen diesmal gegenüber den letzten Kommunalwahlen vor fünf Jahren auf das Doppelte gestiegen ist.

Die Wahlen in der DDR haben mit einer demokratischen Stimmabgabe nicht das geringste zu tun. Denn auch auf die Aufstellung der Kandidaten für die Einheitsliste, die in den sozialistischen Anfängen der DDR ein wesentliches Element der sozialistischen Demokratie ausmachten, haben die Werktätigen in der DDR heute so gut wie keinen Einfluß mehr. Die Honecker-Clique übt auch hier ihre vollkommene Kontrolle aus.

von Nazi-Verbrechen aufrieren.

Hamsterkäufe in Berlin

Die neuesten Preiserhöhungen bei Benzin haben in Westberlin viele besorgte Autofahrer veranlaßt, Hamsterkäufe zu tätigen. Die Hamsterkäufe hielten über eine Woche an. Der Handel meldete, daß 20-Liter-Militärkanister ausverkauft gewesen seien.

Es waren sieben Unis!

Die Meldung, daß der baden-württembergische Verfassungsschutz von drei Universitäten die Listen aller Studierenden angefordert hatte, hat überall Empörung ausgelöst. Wie jetzt der Landesinnenminister Palm (CDU) zugeben mußte, waren es sogar sieben Universitäten, deren Studenten in den Computern des Verfassungsschutzes registriert wurden. Dabei hatten sich die „Verfassungshüter" dort, wo ihnen die Listen nicht freiwillig gegeben worden waren, „nachrichtendienstlicher Mittel" bedient, um dennoch ans Ziel zu kommen. Wie Palm eingestand, werden die Praktiken schon seit 1968 betrieben!

Bemerkt

haben einige Leser den Druckfehler in unserer Kurzgeschichte „Die Schlange". Natürlich sollte es heißen: „Ca. 500 **Meter** durchs Niemandsland..." Denn „500 **Menschen**" sind ja schlecht in 20 bis 30 Autos unterzubringen.

Zitat der Woche

„Der stellvertretende GSG-9-Kommandeur hat bekräftigt, daß seine Einheit diesen Einsatz nicht hätte besser ausführen können." (Der bayrische Staatssekretär Franz Neubauer (CSu) in Verteidigung der bayrischen Polizeibeamten gegen den Vorwurf, bei der Erschießung von Elisabeth von Dyck nicht rigoros genug vorgegangen zu sein).

„Für ein Europa des Friedens, des Fortschritts, der Solidarität aller arbeitenden Menschen" — unter dieser Losung beteiligt sich die DKP an den Wahlen zum Europaparlament. Ähnliche Losungen haben auch die meisten anderen revisionistischen Parteien aufgestellt, die sich in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft zur Wahl stellen. Betrachten wir die Haltung der revisionistischen Parteien, die ja unter dem Etikett „kommunistisch" auftreten, etwas genauer. Wie stehen sie zur Europäischen Gemeinschaft? Wem nützt ihre Politik?

Keine Stimme für das Europa der Monopole!

Die revisionistischen Parteien und die Europäische Gemeinschaft

Betrachten wir zunächst die sogenannten Eurokommunisten. Die typischsten Vertreter dieser Richtung sind die KP Italiens und die KP Frankreichs. Beide Parteien unterstützen schon seit langem offen die Europäische Gemeinschaft, und sie haben die Arbeiterklasse und die Werktätigen ihrer Länder aufgerufen, sich aktiv für ein vereintes, kapitalistisches Europa einzusetzen. Damit nehmen die KPI und die KPF eine vollständig reaktionäre und prokapitalistische Haltung ein. Denn die EG ist ja nichts anderes als eine Organisation der großen kapitalistischen Monopole gegen die Arbeiterklasse und die Völker, gegen die Revolution und den Sozialismus. Die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen können deshalb die EG weder unterstützen noch sich ihr gegenüber neutral verhalten. Sie müssen sie vielmehr entschieden bekämpfen.

Obwohl beide Parteien grundsätzlich die gleiche Haltung gegenüber der EG einnehmen, konnten sie sich für die Wahlen am 10. Juni nicht auf eine gemeinsame Plattform einigen. Zwischen ihnen sind in Zusammenhang mit den Europawahlen sogar scharfe Widersprüche aufgebrochen, die auch durch mehrmalige Besprechungen zwischen Marchais und Berlinguer, den Vorsitzenden der KPF und der KPI, nicht beigelegt werden konnten.

So geht die KPI zum Beispiel mit der Forderung nach einer Erweiterung der Befugnisse des Europäischen Parlaments und der übrigen europäischen Institutionen in den Wahlkampf. Die KPF lehnt dagegen jede Ausdehnung der Befugnisse der europäischen Institutionen strikt ab. So setzt sich die KPI zum Beispiel für die Erweiterung der EG durch Spanien und Portugal ein, die daß die KPF im französischen Parlament bei einer Abstimmung über die Finanzierung des Wahlkampfes der Parteien zum ersten Mal gemeinsam mit den Gaullisten, der ultrareaktionären Partei des französischen Kapitals, gestimmt hat.

Die französischen Revisionisten haben ihrem Europawahlkampf eine betont „nationale" Richtung gegeben. Sie polemisieren gegen das Vorherrschaftsstreben des westdeutschen Imperialismus und haben einen Forderungskatalog zum Schutz der französischen Wirtschaft, das heißt des französischen Monopolkapitals aufgestellt. Nun ist es natürlich richtig, das Vorherrschaftsstreben des westdeutschen Imperialismus in der EG zu entlarven, aber die KPF führt diese Kampagne nicht im Geist des proletarischen Internationalismus. Denn das würde bedeuten, die französische Arbeiterklasse auch und vor allem über die Motive und Absichten des französischen Imperialismus aufzuklären, dessen Differenzen mit dem westdeutschen Imperialismus Differenzen zwischen zwei Räubern sind, die sich auf dem Rücken der Arbei-

gewachsen. Denn sowohl der amerikanische als auch der westdeutsche Imperialismus geben ihre Kredite nicht, ohne Bedingungen zu stellen. Diese „Gründe" vor allem bewegen das italienische Monopolkapital dazu, sich für eine Erweiterung der Befugnisse der europäischen Institutionen und für den Beitritt Spaniens und Portugals zur EG einzusetzen, obwohl letzteres aus ähnlichen Gründen wie in Frankreich eigentlich gar nicht so sehr in ihrem Interesse liegt. Die KPI, die im Lande selbst den „historischen Kompromiß", das heißt die Koalition mit den Christdemokraten anstrebt, und, wenn auch nicht offiziell, an der Ausübung der Macht beteiligt ist, hat in ihrem Europawahlkampf eben diese Politik des italienischen Monopolkapitals übernommen. Sie tritt sogar nicht nur offen für eine starke EG, sondern auch für die NATO, für die amerikanischen Militärstützpunkte und Besatzungstruppen in Westeuropa ein. Es ist klar, daß eine solche Politik den italienischen Werktätigen überhaupt nicht nützt, sondern vielmehr gegen sie gerichtet ist.

Die EG ist in jeder Hinsicht ein Feind der Arbeiterklasse, der anderen Werktätigen, der Völker im Westen und Osten Europas und der ganzen Welt. Diejenigen, die zur Unterstützung der EG aufrufen, wie es auch die Führer der revisionistischen Parteien vom Schlage eines Berlinguers, Carillos, Marchais', Mies' und andere tun, beweisen damit, daß sie keine Kommunisten sind, sondern Agenten der Bourgeoisie, die diese Parteien in Parteien im Dienst der Bourgeoisie verwandelt haben. Dasselbe gilt auch für die skandinavischen revisionistischen Parteien, die so tun, als ob sie die EG bekämpfen würden, sie aber in Wirklichkeit in allen grundsätzlichen Fragen unterstützen.

(Aus der Gemeinsamen Erklärung von marxistisch-leninistischen Parteien Westeuropas)

Zusammenfassend kann man also sagen:

„Die Interessen der ‚eigenen' Bourgeoisie und des europäischen Kapitalismus verteidigen, das ‚vereinte' Europa in eine Supermacht verwandeln, die Interessen des europäischen Proletariats den Interessen des Monopolkapitals Europas unterordnen, das ist die konterrevolutionäre Strategie des Eurokommunismus" (F. Shehu, Den Kampf gegen alle Strömungen des modernen Revisionismus erweitern und vertiefen, in: Weg der Partei, Sondernummer November 1978, S. 43).

Die DKP

Bei uns beteiligt sich die DKP an den Wahlen zum Europaparlament. Ihre Politik unterscheidet sich von der der „eurokommunistischen" Parteien dadurch, daß sie raffinierter und demagogischer ist.

Die DKP charakterisiert zum Beispiel die EG als „Gemeinschaft der Multis, der Profitmacherei und des egoistischen Schachers". Aber welche Schlußfolgerung zieht sie aus dieser richtigen Einschätzung? Die einzig richtige Schlußfolgerung wäre doch, die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen zum Kampf gegen die Europäische Gemeinschaft aufzurufen und die Forderung nach dem Austritt der Bundesrepublik aus der EG aufzustellen. Die DKP tut jedoch weder das eine noch das andere. Statt für den Austritt aus der EG zu kämpfen, ruft sie die Werktätigen unseres Landes dazu auf, Einfluß auf die europäischen Institutionen zu nehmen, für die Umwandlung dieser Institutionen aus Werkzeugen des Monopolkapitals in solche des Volkes einzutreten. Weder im Programm noch in der Rede ihres Vorsitzenden Herbert Mies auf dem Europaparteitag der DKP wird die EG prinzipiell abgelehnt.

Im Grunde läßt sich die prinzipielle Haltung der DKP zur EG so zusammenfassen: Diese EG wollen wir nicht, denn sie ist eine Gemeinschaft



Keine Stimme dem Europa der Monopole! Boykottiert die EG-Wahl! — Unter diesen Losungen führen die westeuropäischen marxistisch-leninistischen Parteien eine Kampagne zur Europawahl. Das abgebildete Plakat verbreitet die Kommunistische Partei Dänemarks/Marxisten-Leninisten.

der Multis. Aber über eine reformierte EG, in der die Macht des Monopolkapitals zurückgedrängt und beschnitten ist, über eine solche EG ließen wir mit uns reden. Das wäre zwar noch ein kapitalistisches Europa, aber ein solches Europa würde dem Sozialismus breite Perspektiven eröffnen.

Aber in allen Ländern Europas existiert der Kapitalismus in seinem höchsten, monopolkapitalistischen Stadium. Ungeachtet der Tatsache, daß die Arbeiterklasse in jedem einzelnen Land für die Verteidigung ihrer Lebensinteressen, für die Verteidigung und Erweiterung der demokratischen Freiheiten kämpft, führt deshalb der Weg zu einem vereinten Europa, das im Interesse der Werktätigen liegt, nur über die proletarische Revolution, die Errichtung der Diktatur des Proletariats und den Aufbau des Sozialismus in jedem einzelnen Land.

Untersuchen wir dagegen, wie das Europa des „Friedens, des Fortschritts, der Solidarität aller arbeitenden Menschen", der „Öffnung des Weges zum Sozialismus" konkret aussehen würde.

Die DKP solidarisiert sich in ihrem Europawahlkampf ausdrücklich mit der KPF und der KPI, ungeachtet der zwischen ihr und diesen Parteien bestehenden Widersprüche.

Was aber würde zum Beispiel ein Italien des historischen Kompromisses zum Fortschritt in Europa beitragen, wo doch, um es noch einmal zu wiederholen, die Führer der italienischen revisionistischen Partei sogar die NATO unterstützen?

Was würde ein Frankreich, in dem eine sozialdemokratisch-revisionistische Koalition die Regierungsgeschäfte führte, zum Fortschritt in Europa beitragen, wo doch Marchais erklärt, daß der „Sozialismus in den Farben Frankreichs" unter anderem völlige Freiheit für die reaktionären Parteien des Monopolkapitals bedeutet, um ein weiteres Beispiel zu nennen. Für ein solches Europa bedanken wir uns, denn in ihm hätte sich nichts geändert.

Zusammenfassend kann man also sagen, daß die Politik der DKP keinesfalls im Interesse der Werktätigen liegt. Denn die DKP ruft die Werktätigen nicht zum entschiedenen, revolutionären Kampf gegen das Europa der Monopole auf. Sie behindert und schwächt diesen Kampf im Gegenteil dadurch, daß sie Illusionen über eine angeblich mögliche, schrittweise Reform des kapitalistischen Europa weckt und es dadurch den europäischen Kapitalisten erleichtert,

gegen jede Ausdehnung der Befugnisse der europäischen Institutionen strikt ab. So setzt sich die KPI zum Beispiel für die Erweiterung der EG durch Spanien und Portugal ein, die KPF lehnt dagegen eine Erweiterung der EG um diese Länder strikt ab. Womit hängen diese Widersprüche zusammen?

Die Politik der revisionistischen Parteien gegenüber der EG ist durch und durch pragmatisch. Sie orientiert sich vor allem an den Interessen der Bourgeoisie ihrer jeweiligen Länder.

Frankreich ...

Das französische Großkapital sträubt sich gegen einen Beitritt Spaniens zur EG, da es in ihm einen starken Konkurrenten auf dem Gebiet der Landwirtschaft haben würde. Das französische Großkapital wünscht keine Erweiterung der Befugnisse der europäischen Institutionen, weil es befürchtet, daß sich dadurch die Macht und der Einfluß der westdeutschen Imperialisten in der EG, die durch die ökonomische Stärke des westdeutschen Kapitals ohnehin sehr groß sind, noch mehr erhöht. Also nimmt die KPF eine entsprechende Haltung ein. So ist es denn auch kein Zufall,

französischen Imperialismus aufzuklären, dessen Differenzen mit dem westdeutschen Imperialismus Differenzen zwischen zwei Räubern sind, die sich auf dem Rücken der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen um die Teilung der Beute streiten. Das würde auch bedeuten, die französische Arbeiterklasse zum entschiedenen Kampf gegen die EG überhaupt aufzurufen. All dies tut die KPF jedoch nicht. Sie ruft die französische Arbeiterklasse vielmehr dazu auf, sich für die Interessen der französischen Imperialisten einzusetzen und sich diesen unterzuordnen.

... und Italien

Angesichts der tiefen Krise, in der die italienische Wirtschaft und das ganze Land überhaupt steckt, hat sich das italienische Monopolkapital schon seit langem hilfesuchend an den amerikanischen und westdeutschen Imperialismus gewandt. Aus Washington und Bonn sind daher auch in den letzten Jahren Milliarden DM-Kredite nach Italien geflossen. Dadurch hat sich der Einfluß des amerikanischen Imperialismus, der in Italien ohnehin schon sehr stark war, noch mehr erhöht, ist die Abhängigkeit Italiens vom westdeutschen Imperialismus

Zangstruppen in Westeuropa ein. Es ist klar, daß eine solche Politik den italienischen Werktätigen überhaupt nicht nützt, sondern vielmehr gegen sie gerichtet ist.

Im Grunde läßt sich die prinzipielle Haltung der DKP zur EG so zusammenfassen: **Diese** EG wollen wir nicht, denn sie ist eine Gemeinschaft

würde.

Die DKP solidarisiert sich in ihrem Europawahlkampf ausdrücklich mit der KPF und der KPI, ungeachtet der zwischen ihr und diesen Parteien be-



„Historischer Kompromiß" — zwischen dem italienischen Monopolkapital und den Revisionisten. Unterwürfig schüttelt KPI-Chef Berlinguer dem — mittlerweile ums Leben gekommenen — Christdemokraten Moro die Hand.

genten dadurch, daß sie Illusionen über eine angeblich mögliche, schrittweise Reform des kapitalistischen Europa weckt und es dadurch den europäischen Kapitalisten erleichtert, ihre reaktionäre und volksfeindliche Politik durchzusetzen.

Dies trifft auch noch auf einen anderen Aspekt der Europapolitik der DKP zu. Die DKP stellt in ihrem Wahlkampf die Sowjetunion als angebliche Friedensmacht heraus. Ohne hier näher darauf einzugehen, sei an dieser Stelle nur festgestellt, daß die Sowjetunion beileibe keine Friedensmacht, sondern eine imperialistische Supermacht ist. Der Frieden in Europa wird nicht dadurch gesichert, daß sich die Völker mit der Sowjetunion und dem von ihr geführten imperialistischen Block oder mit den USA, der NATO und den europäischen Kapitalisten verbinden, sondern nur durch den Kampf gegen sie.

Die Politik der revisionistischen Parteien Westeuropas ist konterrevolutionär. Deshalb ist auch jede Stimme, die am 10. Juni für die DKP abgegeben wird, keine Stimme für ein „Europa der Arbeitersolidarität", sondern für das Europa der Monopole, für das Europa des Großkapitals.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Trotz Gerichtsurteil

Hausarbeitstag muß erkämpft werden

Gesetzlich gesicherten Anspruch auf einen bezahlten Hausarbeitstag haben in Nordrhein-Westfalen all jene Frauen, die regelmäßig mehr als fünf Tage in der Woche arbeiten. Das hat das Bundesarbeitsgericht am 25. Oktober 1978 entschieden (Aktenzeichen: 3 AZR 3338/78).

Die werktätige Frau ist bekanntlich durch fehlende Kindergartenplätze, die Hausarbeit etc. einer Doppelbelastung ausgesetzt. Neben der Ausbeutung durch das Kapital hat sie auch die volle Last fehlender Sozialeinrichtungen zu tragen. Das obengenannte Urteil allerdings ist nur ein schwacher Abglanz dessen, was für die Gleichstellung der werktätigen Frauen eigentlich fällig wäre. Es lindert gerade den extremsten Streß der Frauen mit Sechstagewoche.

Doch selbst hier versucht das Kapital, die richterlichen Bestimmungen zu unterlaufen, um Kosten zu sparen. Die *„Rote Spritze"*, Zeitung unserer Partei für die Essener Krankenhäuser berichtete darüber in ihrer Aprilnummer:

„Drei in Krankenhäusern des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe beschäftigte Kolleginnen haben den Anspruch auf einen Hausarbeitstag eingeklagt. Obschon gesetzlich geregelt, haben die verschiedenen Krankenhausverwaltungen diesen Tag einfach unter den Tisch fallen lassen. So auch im Klinikum Essen.

Wer die obigen Bedingungen erfüllt und wöchentlich im Durchschnitt 40 Stunden arbeitet (also auch Krankenschwestern auf den Stationen, MTAs, Stationshilfen, Köchinnen etc.), dem steht ein bezahlter Tag im Monat zu! Man braucht keinen Antrag zu stellen. Im Gegenteil; die Verwaltung und auch das Deutsche Rote Kreuz (durch das alle weiblichen Pflegekräfte über einen Gestellungsvertrag angestellt sind, die Red.) sind verpflichtet, umgehend und für ein Jahr rückwirkend diesen freien Tag zu gewähren. Dabei sollte es den Kolleginnen wahlweise überlassen werden, für die vergangene Zeit mit Urlaub oder mit Geldzahlungen (Überstunden!) entschädigt zu werden.

Das muß man sich doch mal vorstellen! Das Gesetz gesteht uns Werktätigen sowieso nur ein Minimum an Rechten zu. Und wenn man auf diesen wenigen Rechten besteht, muß man es noch einklagen, wie dieses Beispiel zeigt. Und selbst wenn man dazu noch das Glück hat, daß ein Arbeitsgericht einem sein eigentliches verbrieftes Recht auch zugesteht (was selten genug ist), muß man im eigenen Betrieb der Verwaltung auf die Füße treten, bis dem Richterspruch Genüge getan wird."

Abschließend fordert die *„Rote Spritze"* dazu auf, bei den zuständigen Vorarbeiterinnen und Oberschwestern auf die sofortige Einhaltung und Gewährung des Hausarbeitstages zu drängen, „damit nicht noch wiederum Monate vergehen, bis die Verwaltung auch an den Essener Krankenhäusern reagiert."

Zur Tariftaktik der IG Metall

Keine mehrjährigen Lohntarifabschlüsse!

Wie das „Handelsblatt" in einem Artikel vom 21. Mai meldet, „gibt es eine grundsätzliche Einigung zwischen dem Arbeitgeberverband Gesamtmetall und der IG Metall, demnächst in einer besonderen Kommission über die Möglichkeit längerfristiger Tarifverträge zu verhandeln."

IG-Metall-Chef Loderer sagte am vorletzten Wochenende nach einer Strategiekonferenz der IG Metall in Braunlage, daß verlängerte Laufzeiten eine „Entlastung der lohnpolitischen Routinefragen bedeuten" könne. **Dieses Ansinnen der IGM-Bonzen muß mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden.** Bedeutet die mit dem Tarifvertrag verbundene Friedenspflicht schon heute ein einjähriges Streikverbot, wie es von uns Kommunisten und allen revolutionären Gewerkschaftern bekämpft wird, so wird durch die Verlängerung der Laufzeit der Abbau des Streikrechts noch weitergetrieben.

Der Streik war und ist eine der mächtigsten Waffen der Arbeiterklasse, ihre Forderungen gegen die Kapitalisten durchzusetzen. Die IGM-Führung hat durch die fünfjährige Festschreibung der 40-Stunden-Woche bereits ein Beispiel gegeben, daß die Verlängerung der tarifvertraglichen Laufzeiten gegen die Interessen der Arbeiterklasse gerichtet ist. In lohnpolitischer Hinsicht bedeuten längerfristige Tarifverträge außerdem eine massive Schützenhilfe für die Unternehmer, in verstärktem Maße Lohnraubabschlüsse durchzupeitschen.

Mit dieser verräterischen Taktik fällt die IGM-Führung der gesamten Gewerkschaftsbewegung in den Rücken. Die Loderer-Pläne müssen verhindert werden!

Nachrichten aus der IG Druck und Papier

Tarifnachrichten

Die Kolleginnen und Kollegen des **niedersächsischen Groß- und Außenhandels** befinden sich seit 1. Mai in einem tariflosen Zustand. Nachdem das provokatorische Angebot der Unternehmer von 3,8 Prozent mehr Lohn und Gehalt für die rund 130 000 Beschäftigten dieser Branche zurückgewiesen wurde, haben sie weder ein neues Angebot unterbreitet noch einen neuen Verhandlungstermin vereinbart. Die Werktätigen antworteten mit zahlreichen Protestaktionen.

Am 14. 5. kam es in der pharmazeutischen Großhandlung Reichelt in Göttingen zu einem mehrstündigen Warnstreik.

Am 15. 5. war es bei der Papiergroßhandlung Seiler in Empelde bei Hannover zu einem Warnstreik gekommen.

Am 18. 5. ruhte die Arbeit in der Großhandlung Carl Spaeter in Letter bei Hannover von 6.30 Uhr bis 9.30 Uhr.

*****

Auch im **niedersächsischen Einzelhandel** haben die Kolleginnen und Kollegen zu Kampfmaßnahmen gegriffen. Rund 2 000 Verkäuferinnen und Ver-

Worte des Vorsitzenden Vetter

Zitiert aus einem „Welt"-Interview



Wahlkampfzugpferd

Ausschlaggebend für meine Kandidatur zum Europaparlament war und ist der Wunsch, daß die Arbeitnehmer überhaupt zur Urne gehen.



... schätzt anspruchsvolle Lektüre

...und sogar in der „Welt" standen hervorragende Sachen, die ich wieder lesen möchte.



Strauß als Kanzler?

Ich glaube, wir sind als Gewerkschaften bereits so reif, daß wir Gefühle in solchen Situationen aus der Welt lassen. Strauß mag in seinen großen politischen Linien unveränderbar sein, aber daß er nun im Rundumschlag alles über Bord kippt, was für uns gewissermaßen heilig ist, das ist natürlich dummes Zeug.

Weltmännisch

Ich hatte gestern abend einen Arbeitgeber am Apparat, der mit mir noch einmal über die Weltlage gesprochen hat.



... zerbricht sich den Kopf der Unternehmer

Wir müssen sehen, wo sind wir in die Weltkonkurrenz eingebunden, was müssen wir haben, um zu überstehen; gute, saubere, termingerechte Arbeit.



... liebt feine Gesellschaft

Vielleicht gibt's auch die Möglichkeit, daß Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter mit einer kräftigen Journalistenmannschaft irgendwohin gehen und sich richtig miteinander unterhalten.

Wie wir bereits im „Roten Morgen" Nr. 19 berichtet haben, will der Pressezar Axel Springer in die SPD-Zeitung „Hamburger Morgenpost" einsteigen. Das mag für die SPD-Spitze ein wenn auch zweifelhafter Erfolg sein. Für die Kollegen von Auer-Druck, wo die Zeitung bis jetzt gedruckt wird, heißt das: Betriebsschließung zur Jahreswende 79/80. Schon jetzt ist klar, daß die 200 Kollegen in diesem Fall von den Gewerkschaftsbonzen keinerlei Unterstützung zu erwarten haben, denn drei IG-DruPa-Führer tummeln sich im Aufsichtsrat von Auer-Druck. Bundeschef Mahlein, NRW-Chef Gent und der Landeschef von Nordmark, Wolf, helfen mit, die Geschicke des Unternehmens zu leiten. Der Betriebsratsvorsitzende ist U. Heinemann, ein berühmt-berüchtigter Funktionär, der im großen Streik 1976 Streikbrecherarbeiten gedeckt hat. Er ist nur deshalb dem Gewerkschaftsausschluß entgangen, weil hohe Funktionäre, die dem rechten SPD-Flügel zuzurechnen sind, schützend ihre Hand über ihn gehalten haben.

* * *

Am 21. Mai fand die **25. Delegiertenversammlung des Ortsvereins Hamburg** statt. Zur Diskussion stand noch einmal der Nacht- und Nebelabschluß in Sachen *„Ausstieg aus der 35-Stunden-Woche"*. Es wurden mehrere Anträge verabschiedet, die das Verhalten der Gewerkschaftsführung bei den Verhandlungen scharf kritisieren.

Gleichzeitig verabschiedete die Delegiertenversammlung mehrheitlich einen Antrag, der die Einstellung des Hamburger Antifaschistenprozesses und die Aufhebung der Verjährung für Nazi-Verbrecher fordert. (Der Prozeß ist mittlerweile eingestellt, siehe Seite 1 und 7)

Der Antrag schließt mit den Worten: „Die Delegiertenversammlung nimmt mit Empörung zur Kenntnis, daß am 28. Mai dieses Jahres eine Neuauflage dieses Prozesses beginnen soll, während es auf der anderen Seite offensichtlich keine Schwierigkeiten darstellt, ehemalige KZ-Aufseher freizusprechen.

Gerade die jüngsten Diskussionen im Zusammenhang mit ‚Holocaust' lassen erneut erkennen, daß antifaschistischer Widerstand absolut notwendig war, ist und bleiben wird. Deshalb reiht sich die Delegiertenversammlung der IG Druck und Papier in die Reihe derjenigen ein, die bereits ihren Protest gegen diesen Prozeß bekundet haben." (Hervorhebungen von uns, Red.)

Berichtigung

Im „Roten Morgen" Nr. 20 veröffentlichten wir auf Seite 4 einen Artikel über die papierverarbeitende Industrie. Wir schrieben: „Es kann durchaus passieren, daß eine junge Frau, die noch nicht 18 ist, gerade 600 Mark nach Hause bringt, weniger als mancher Lehrling." Tatsächlich aber liegt der **Brutto**verdienst eines Lehrlings oft über 600 Mark, netto hat er natürlich in jedem Fall weniger.

Weiter verglichen wir die Ausbildungsvergütung im Druck- und im papierverarbeitenden Bereich. Auch hierbei handelt es sich um **Brutto**löhne.

Zum Problem der Schichtzulage schrieben wir: „Der Nachtschichtler an einer Druckmaschine erhält ab 22 Uhr eine Schichtzulage von 27,5 Prozent, sein Kollege an der Falzmaschine nur 12 Prozent." Hier müssen wir richtigstellen: Nicht die Maschine ist entscheidend, an der ein Kollege arbeitet, sondern der im Betrieb gültige Tarif, entweder der Drucktarif oder der der Papierverarbeitung. (Die Hinweise erhielten wir von einem Leser aus Hamburg. Vielen Dank!)

2000 Verkäuferinnen und Verkäufer aus Hannover unterstrichen am 21. 5. durch verschiedene Aktionen ihre Kampfbereitschaft.

Die Beschäftigten des Kaufhofs verlängerten die morgendliche Betriebsversammlung mit einem Sitzstreik. Auch bei Karstadt wurde die Betriebsversammlung bis in die Verkaufszeit hinein ausgedehnt. Vor dem Kaufhaus Horten fanden sich gegen 7 Uhr mehr als 500 Beschäftigte ein, um ihre Forderungen zu demonstrieren. Sie trugen Schilder und Transparente wie „dieser Betrieb wird bestreikt" und „Unternehmermacht braucht Gegenmacht".

* * * * *

Obwohl die Beschäftigten der **Textil- und Bekleidungsindustrie** durch zahlreiche Protestaktionen ihre Kampfbereitschaft demonstriert hatten (über 24000 beteiligten sich an Warnstreiks), haben die Bonzen der Gewerkschaft Textil und Bekleidung (GTB) bei den zentralen Verhandlungen in Sindelfingen einen faulen Kompromiß ausgemauschelt.

Die Bonzen stimmten einer Steigerungsrate von 4,1 Prozent für Arbeiter und 4,5 Prozent für Angestellte zu.

Die Forderung nach Verkürzung der Wochenarbeitszeit hatte die Gewerkschaftsspitze erst gar nicht eingebracht. Wie in den meisten anderen Branchen wurde stufenweise bis 1982 sechs Wochen Urlaub vereinbart.

Im Bereich Textil und Bekleidung im Bezirk Niedersachsen-Nordmark wurden 4,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt, zwei Tage mehr Urlaub ab diesem Jahr und je einen weiteren Urlaubstag ab 1981 und 1982 vereinbart. 1982 wären dann 30 Urlaubstage pro Jahr erreicht. Eine Arbeitszeitverkürzung wurde nicht erzielt, die 40-Stunden-Woche wurde mit diesem Ergebnis zunächst einmal festgeschrieben.

Aussperrung Verbieten!

Teil 2

200 000 Arbeiter wurden 1978 von den Unternehmern ausgesperrt; über 1,5 Millionen seit Bestehen der Bundesrepublik • Die Aussperrung ist ein reaktionärer Angriff auf das Streikrecht und die Koalitionsfreiheit der Arbeiterklasse. Eine unverhüllte und rücksichtslose Machtdemonstration der Unternehmer • Seit vielen Jahrzehnten kämpft die Arbeiterbewegung gegen die Aussperrung • Der letzte Bundeskongreß des DGB hat erneut ihr Verbot gefordert • Eine Meinungsumfrage in diesem Jahr ergab: 60 Prozent der Bevölkerung sind gegen die Aussperrung; 80 Prozent für das uneingeschränkte Streikrecht • Das ist eine eindeutige Willensbekundung unseres Volkes • Für das gesetzliche Verbot der Aussperrung!

Aussperrungsterror von Anfang an

Im Mai 1963, als in Baden-Württemberg rund 300 000 Metallarbeiter ausgesperrt wurden, erklärte Otto Brenner im „Metallpressedienst": „Die letzten Aussperrungen in der Metallindustrie fanden vor 35 Jahren statt." Otto Brenner log. Zwar war die Aussperrung in Baden-Württemberg entschieden die größte seit Bestehen der Bundesrepublik. Aber die erste?

Zur ersten Aussperrung in der Metallindustrie — gleichzeitig die erste Aussperrung überhaupt nach dem zweiten Weltkrieg — kam es bereits im Februar 1949, also noch vor der Gründung der Bundesrepublik. In zwei MAN-Betrieben in Nürnberg wurden 5 500 Arbeiter ausgesperrt, weil die Belegschaften dort und in anderen Metallbetrieben Bayerns für 20 ten dagegen zu brechen, ging das Adenauer-Regime mit allen Mitteln gegen die Werktätigen und vor allem gegen die Kommunisten vor. Dabei konnte es sich auf die DGB-Führung stützen. Vorläufiger Höhepunkt war das Verbot der Freien Deutschen Jugend" und der Antrag auf Verbot der KPD im Jahre 1951.

Im Januar des gleichen Jahres finden Lohnverhandlungen in den norddeutschen Seehäfen statt. In einem Schiedsspruch werden die Forderungen der Arbeiter in keiner Weise berücksichtigt. Es kommt zum Streik in den Häfen Hamburgs und Bremens. Während der Präsident des bremischen Senats Kaisen gegen die Streikenden hetzt: „Isoliert die Terroristen", heimverhandlungen mit Adenauer aufrief, ab 11. Juni alle Aktionen gegen das BVG einzustellen...

Im Frühjahr 1953 finden Lohnverhandlungen für die Werftarbeiter in Bremen statt. Die Unternehmer wollen einen Lohnstopp durchsetzen. Es kommt zum Streik. Daraufhin sperren die Werftkapitalisten vom 1. Mai an ca. 15 000 Werftarbeiter aus. Aus Protest gegen die Aussperrung verweigern die Kollegen die Durchführung von Notstandsarbeiten. Welche Haltung die IGM-Führung zu dieser Aussperrungsmaßnahme der Unternehmer einnimmt, zeigt sich bei der Frage der gewerkschaftlich nicht organisierten Kollegen. Gegen sie wird eine Aufnahmesperre verhängt. Offizielle Begründung: In die

nauer-Regime geplante reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz. In dieser Situation treffen sich am 29. 5. 1952 in Bonn unter anderen Innenminister Lehr, Abgeordnete der CDU und F. Helwig als Vertreter des Deutschen Industrieinstituts. In einem vertraulichen Protokoll über ihre Unterredung heißt es: „Für die weitere Behandlung beabsichtigen Regierungsvertreter wie Parlamentarier, daß im Falle einer Verschärfung der Situation mit den Spitzen der Arbeitgeberverbände gemeinsame Schritte beraten werden, zum Beispiel wegen Aussperrung..."

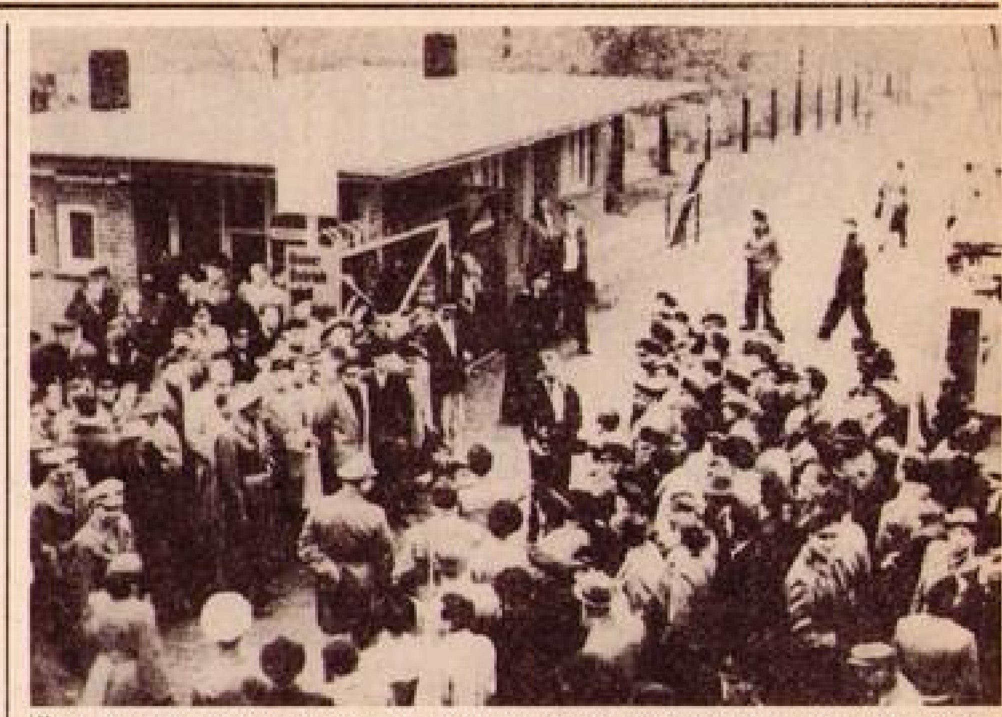
Daß es zu dieser von Regierung und Unternehmern gemeinsam geplanten Aussperrung zur Durchsetzung des BVG nicht kam, lag daran, daß die DGB-Führung nach Ge-

reitschaft der Kollegen. In bezug auf die Lohnforderungen können sie allerdings eine Verlängerung der Laufzeit des Tarifvertrages von geforderten drei auf vierzehn Monate erzwingen.

Im Januar 1955 dann gibt das Bundesarbeitsgericht dem Aussperrungsterror der Unternehmer seinen Segen. Und zwar ausdrücklich der lösenden Aussperrung, die einer fristlosen Massenkündigung gleichkommt, wobei es dann im „unternehmerischen Ermessen" liegt, nach Beendigung der Aussperrung einen Teil der Kollegen nicht wieder einzustellen. Sei es um auf diese Weise Rationalisierungsmaßnahmen durchzusetzen, sei es, um auf diese Weise den Betrieb von besonders klassenkämpferischen Kollegen zu säubern.

Voll und ganz stellt sich das Bundesarbeitsgericht hinter die reaktionären Ziele, die die Unternehmer mit der Aussperrung verfolgen, indem es erklärt, daß mit der Aussperrung „der kämpfenden Gruppe auf Arbeitnehmerseite begegnet werden" und „mit der benachteiligenden Wirkung für den einzelnen dessen kollektiver Wille und damit der der Gruppe zu kämpferischem Widerstand gebrochen werden soll."

Das ist nicht nur ein Angriff auf das Streikrecht, sondern eine generelle Kampfansage an den Klassenkampf der Werktätigen. Wieweit sich Bundesarbeitsgericht und Unternehmer dabei einig sind, zeigt unter anderem die Gegenüberstellung von zwei Äußerungen. Zuerst die Unternehmerseite in „Der Arbeitgeber" vom September 1951: „Kurzum", heißt es dort, „jeder Streik von Bedeutung ist unvermeidlicherweise ein Anschlag auf die soziale Ordnung eines Volkes. Und wenn diese schwach ist wie bei uns in Deutschland, ist jeder ernsthafte Streik auch ein gefährlicher Anschlag auf wichtigste



Über 32 000 Metallarbeiter streikten in Schleswig-Holstein vom 24. Oktober 1956 bis zum 14. Februar 1957. Das Foto zeigt streikende Kollegen vor dem Tor der Kieler Howaldtswerke.

rung distanziert sich, ruft auf, den Streik zu beenden. Was auch am gleichen Tag geschieht. Trotzdem sperren die HDW-Bosse zwei Tage später die Belegschaft aus. Die Kapitalisten der Stülkow-Werft, wo ebenfalls gestreikt wurde, schließen sich an. Kurzfristig sind 11 000 Arbeiter in Hamburg ausgesperrt. Nach Beendigung des Kampfes werden 500 Arbeiter nicht wieder eingestellt, darunter die gesamte Streikleitung, in der die KPD großen Einfluß hatte.

Auf ähnliche Weise setzen auch die Unternehmer der stadtbremischen Häfen den Aussperrungsterror ein, um die Betriebe von Kommunisten und klassenkämpferischen Kollegen zu säubern. Ca. 2 500 Arbeiter legten dort vor Beginn der offiziellen Tarifverhandlungen die Arbeit nieder. Nach einer Woche Streik werden alle ausgesperrt. Die ÖTV-Führung, die sich von dem Streik distanziert, stimmt im paritätischen Arbeitsausschuß des Gesamt-

hafenbetriebes der Aussperrung zu. Und nicht nur das. Als nach 16 Tagen der Kampf beendet wird, stimmen die ÖTV-Bonzen ebenfalls zu, daß alle Kollegen wieder eingestellt werden — bis auf „Anstifter und Leiter des Streiks"!

So ist die Aussperrung in den fünfziger Jahren für die westdeutschen Unternehmer nicht nur ein Mittel, um ihre Profitinteressen gegen die deutsche Arbeiterklasse durchzusetzen. Sie setzen sie gleichzeitig gezielt ein, um die Betriebe von Kommunisten und anderen klassenkämpferischen Arbeitern zu säubern. Und zwar längst bevor die KPD im August 1956 verboten wird. Dabei können sie sich auf die DGB-Führung stützen, die mitnichten den Kampf gegen den Aussperrungsterror der Unternehmer organisierte, sondern diese häufig genug sogar aktiv bei ihrem skrupellosen Kampf gegen die Arbeiterklasse und deren revolutionärer Führung unterstützte. (Wird fortgesetzt).

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen



Metallbetrieben Bayerns für 20 Pfennig mehr Lohn in den Streik getreten waren. So also sah die „Demokratie" in der Praxis aus, die auch Deutschlands Unternehmer zur damaligen Zeit — drei Jahre nach dem Zusammenbruch des Hitler-Faschismus — ständig im Munde führten.

Daß es sich bei dieser ersten Aussperrung nicht um den isolierten Willkürakt eines „schwarzen Schafes" unter den Mächtigen handelte, zeigte sich, als wenige Monate später das Grundgesetz verabschiedet wurde. Während es im Artikel 29 der hessischen Landesverfassung hieß: „Die Aussperrung ist rechtswidrig", ist im Grundgesetz von einem Verbot der Aussperrung nicht die Rede. Auch das Streikrecht wird in der Verfassung nicht ausdrücklich erwähnt. Eine ursprünglich vom vorbereitenden Ausschuß für das Grundgesetz vorgeschlagene Formulierung „Das Streikrecht wird im Rahmen der Gesetze anerkannt" wurde abgelehnt. Stattdessen wird nun im Grundgesetz von „Arbeitskämpfen" gesprochen, „die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen" geführt werden — eine Formulierung, mit der die „Väter des Grundgesetzes" ganz offenkundig klarstellen wollten, daß zu der „freiheitlich-demokratischen Ordnung", die sie meinten, auch der Aussperrungsterror der Unternehmer gehört.

Nach der Gründung der Bundesrepublik ging die westdeutsche Bourgeoisie, gestützt auf den amerikanischen Imperialismus, daran, ihre wirtschaftliche und politische Macht wieder zu festigen. Um den Widerstand der Arbeiterklasse und breiter Volksschich-

„Isoliert die Terroristen", sperrt der Hamburger Gesamthafenbetrieb ca. 900 Arbeiter aus, indem er ihnen fristlos kündigt. Die ÖTV-Führung behauptet, es handele sich um einen illegalen Streik, inszeniert von der KPD; setzt sich nicht für die Wiedereinstellung aller Ausgesperrten ein, sondern schließt im Gegenteil selbst alle, die führend am Streik beteiligt waren, aus der Gewerkschaft aus. Diese Arbeiter, darunter die gesamte Streikleitung, werden dann auch vom Hafengesamtbetrieb nicht wieder eingestellt.

Im Mai und Juni 1952 streiken und demonstrieren rund 2,5 Millionen Arbeiter und Angestellte gegen das vom Ade-

Offizielle Begründung: In die IG Metall könnten nur Beschäftigte (!) neu aufgenommen werden... Nach vier Wochen bieten die Unternehmer ein paar Pfennig mehr Lohn an, die Einstellung von 85 Prozent der Ausgesperrten. Über die Wiedereinstellung der restlichen 15 Prozent der Kollegen soll von Fall zu Fall entschieden werden. Auf diese Weise soll offensichtlich die Wiedereinstellung der kämpferischsten Kollegen verhindert und gleichzeitig die Forderung nach Wiedereinstellung aller Kollegen gegen die ursprünglichen Lohnforderungen ausgespielt werden. Was ersteres betrifft, scheitern die Pläne der Werftkapitalisten an der Kampfbe-

licher Anschlag auf wichtigste Grundlagen des Gemeinwohls." Dann das Bundesarbeitsgericht: „Arbeitskämpfe sind im allgemeinen unerwünscht, da sie volkswirtschaftliche Schäden mit sich bringen und den im Interesse der Gesamtheit liegenden sozialen Frieden beeinträchtigen..." Ob Unternehmer oder Bundesarbeitsgericht — einige Wörter mögen sich geändert haben in den letzten zehn Jahren. Der Geist aber ist der gleiche geblieben...

Im gleichen Jahr kommt es zu zwei weiteren großen Aussperrungen in Hamburg und Bremen. August 1955. 1000 Werftarbeiter bei HDW in Hamburg streiken für 20 Pfennig mehr Lohn. Die IGM-Füh-



Metallarbeiterstreik in Bayern im August 1954. In diesen Kämpfen haben die Kapitalisten mit dem Aussperrungsterror versucht, ihre Profitinteressen durchzusetzen und gleichzeitig ihre Betriebe von Kommunisten und revolutionären Kollegen zu säubern.

„Cadmiumschnupfen":

Alles schmeckt süß...

Profit auf Kosten der Gesundheit

Beim Kupferumschlag im Hafen tritt metallischer Cadmiumstaub aus, der Lunge, Leber und Nieren schädigen kann. Die Hafenkapitalisten denken nicht daran, die Kosten für Schutzmaßnahmen aufzubringen. Folgenden Artikel entnahmen wir der Bremer Hafenzeitung unserer Partei, „De Anstorm".

Die Frau eines Hafenarbeiters berichtet: "Wenn mein Mann vom Kupferlöschen nach Hause kommt, ist ihm immer übel. Das Essen schmeckt ihm nicht, sogar die Zigaretten schmecken ihm nicht. Ihm schmeckt alles süß! Und ihm ist schwindlig. Richtig elend ist den Männern da."

Die Kollegen bestätigen: Beim Kupferumschlag schmeckt alles süß. Das liegt direkt in der Luft. Du magst nicht mal richtig durchatmen, weil du dann das Gefühl hast, daß das Süße bis in die Lungenspitzen reingeht."

Beim Kupferlöschen knallen die Barren aufeinander. Durch die Reibung wird der Zunder frei, der auf den Barren ist. Feine Stäube wirbeln durch die Luft. Diese Flugstäube sind cadmiumhaltig. Cadmium ist süß im Geschmack.

„Metallisches Cadmium ist ein starkes Gift. Es gilt als gefährlicher als Blei, Mangan und Quecksilber." „Anfangssymptome der chronischen Cadmiumvergiftung sind: Müdigkeit, Nervosität, Reizbarkeit, Durst und trockenes Gefühl im Mund; Husten, Nasenkribbeln und Nasenlaufen sowie Kurzatmigkeit." Die Mediziner bezeichnen das als „Cadmiumschnupfen". Er führt in schweren Fällen zum Verlust des Geruchssinns.

Ein anderer Hinweis auf chronische Cadmiumvergiftung ist eine schwefel- bis ockergelbe Verfärbung der Zahnhälse, genannt „Cadmiumsaum".

Durch das Gift geschädigt werden vor allem die Lunge, aber auch die Leber und die Nieren. Die Krankheit ist seit 1952 als Berufskrankheit anerkannt in der 5. Verordnung, Listennummer 10. (Zitate und Angaben aus: Schriften der Gesellschaft deutscher Metallhütten- und Bergleute, Heft 6, Clausthal-Zellerfeld 1958).

Wie die Bremer Genossen berichten, haben sie bereits mehrere Hafenarbeiter mit entsprechenden Symptomen gefunden. Dahinter steckt unter Umständen eine Cadmiumvergiftung. *„De Anstorm"* fordert:

- **Anfeuchten der Kupferbarren, um die Stäube zu binden**
- **Absaugvorrichtungen an Bord**
- **Feinstaubmasken der Schutzstufe 2b, wie in der Hüttenindustrie.**

Was will die KPD/ML?

„Was wollt ihr Kommunisten eigentlich?" — Diese Frage haben uns schon viele Kollegen gestellt. Wir können kurz und knapp darauf antworten: den Sozialismus, ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland. Nur wäre das eine Binsenwahrheit. Denn daß wir Kommunisten für den Sozialismus sind, hat sich in den letzten hundert Jahren langsam herumgesprochen. Das ist es auch gar nicht, worauf die meisten Kollegen von uns Kommunisten — mit Recht — eine Antwort erwarten. Was sie wissen wollen, ist vielmehr:

Was ist das — Sozialismus? Läßt er sich überhaupt verwirklichen? Warum führen Staaten, die sich kommunistisch nennen, Krieg gegeneinander? Was versteht ihr unter Ausbeutung, Diktatur des Proletariats? Wird es wieder Krieg geben? Droht ein neuer Faschismus? Was unterscheidet die KPD/ML von der DKP?

Diese und andere Fragen finden eine Antwort in der jetzt neu herausgegebenen Broschüre „Was will die KPD/ML?" Lesen Sie im folgenden einige kurze Auszüge aus der Broschüre.

„Wieso sprecht ihr immer von Ausbeutung? Erhalten wir für unsere Arbeit nicht unseren Lohn, unser Gehalt, auch wenn es nicht gerade hoch ist und wir mehr sehr gut gebrauchen könnten? Und schließlich: Kann nicht jeder, wenn er nur fleißig ist, reich, wie man so sagt, vom Tellerwäscher zum Millionär werden?"

Schön wär's. Doch das ist nur im Roman, im Film so. Jeder von uns weiß doch, daß er durch seiner Hände Arbeit nicht reich werden kann. Man kann, wenn Mann und Frau arbeiten, sich einschränken und sparen, im Laufe von 20 bis 30 Jahren vielleicht zu einem kleinen, schuldenfreien Einfamilienhäuschen kommen. Das ist aber auch schon das höchste, und damit ist man noch lange kein Kapitalist. **Reich werden kann man nur, indem man andere Menschen für sich arbeiten läßt, ihre Arbeitskraft ausbeutet.** Das aber können nur jene, die die Produktionsmittel besitzen. Indem sie sich den größten Teil des Wertes unserer Arbeit aneignen, man könnte auch sagen, stehlen, machen sie Profit, erhalten sie neue Mittel, um sich neue Maschinen anzuschaffen, neue Werke errichten zu lassen. Rechtens aber gehören alle Fabriken, Werke, Werften, Schächte, Schiffe usw. uns allen. Denn wir, unsere Väter und Vorväter, haben sie durch ihrer Hände Arbeit geschaffen. Die Kapitalisten haben sie sich nur angeeignet, uns praktisch geklaut. Was aber macht man mit Dieben? Wenn ein Arbeiter im Betrieb mal Werkzeug stiehlt und dabei erwischt wird, bestraft man ihn. Geht aber mal zur Polizei oder zum Gericht und sagt: Ich möchte den Unternehmer, bei dem ich jetzt 20 Jahre arbeite, anzeigen. Er hat mir seit 20 Jahren einen Teil des Werts meiner Arbeit gestohlen, zumindest gehört mir die Drehbank, an der ich

bezahlt werden, das „Recht auf Eigentum", das kapitalistische Eigentum, zu verteidigen. Und das mit unseren Steuergeldern. Das heißt, wir müssen also die Leute, die „Leibwache", die die Kapitalisten sich zum Schutze ihres „Eigentums" geschaffen haben, Polizei, Bundesgrenzschutz und Bundeswehr, auch noch bezahlen. Und nicht nur sie, sondern auch die Abgeordneten, die die Gesetze beschließen, die den Interessen der Herrschenden dienen und der Aufrechterhaltung dieser modernen Sklaverei. Nein, da hilft alles nichts: **Wenn wir die Lohnsklaverei oder, wie wir sagen, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigen wollen, dann müssen wir den Kapitalisten durch die sozialistische Revolution ihr „Eigentum" nehmen.**

* * *

„Heißt das, ihr wollt dem Arbeiter, dem Angestellten sein in harter Arbeit erworbenes Häuschen oder den Bauern die Höfe nehmen?"

Nein, das ist eine der Lügen, die die Kapitalisten seit über 100 Jahren verbreiten. Wer ein Häuschen, ein Auto — und sei es ein noch so toller Schlitten — sein eigen nennt, ist noch lange kein Kapitalist. Die Parole der Kommunisten heißt: „Expropriation der Expropriateure!" oder zu deutsch „Enteignung der Enteigner!", das heißt der Ausbeuter!

Was den Bauernhof angeht, den Laden an der Ecke, den kleinen Handwerksbetrieb, so sieht die Sache ganz anders aus. Ihr Feind ist nicht der Sozialismus, sondern der Kapitalismus. **Das Monopolkapital hat sie zu Hunderttausenden ruiniert und ruiniert sie täglich weiter.** Über eine Million Bauern mußten seit 1949 im größten Bauernlegen der

desregierung bis in die achtziger, die neunziger Jahre zugunsten einiger Großbetriebe, Agrarkapitalisten und in die Landwirtschaft drängender Monopole in den Ruin getrieben werden. Wie es den kleinen und heute auch schon den größeren Ladenbesitzern in den letzten Jahrzehnten erging, ist allgemein bekannt. Deshalb sind Arbeiter und werktätige Bauern, aber auch Kleingewerbetreibende, Handwerker und kleine Ladenbesitzer, natürliche Verbündete. Niemals werden wir Kommunisten dem Bauern die Kuh aus dem Stall holen, dem Arbeiter oder Angestellten sein Häuschen oder Auto nehmen. Was wir allerdings nehmen werden, um es in den Besitz des Volkes zu überführen, das ist das kapitalistische Eigentum an Produktionsmitteln. Denn anders läßt sich die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen nicht abschaffen, läßt sich der Sozialismus nicht errichten.

* * *

„Warum sprecht ihr, wenn es um den Sozialismus geht, eigentlich immer von der ‚Diktatur des Proletariats', der Arbeiterklasse, die es zu errichten gilt. Bei dem Wort ‚Diktatur' denkt doch jeder gleich an den Hitler-Faschismus, an ein faschistisches Terrorregime."

Das ist richtig. Viele Kollegen denken so. Aber in Wirklichkeit bedeuten die Wörter „Diktatur" und „Faschismus" nicht dasselbe. Zwar ist der Faschismus immer eine Diktatur, die offen terroristische Diktatur des Finanzkapitals über die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen, mit deren Hilfe die Kapitalistenklasse vor allem versucht, die revolutionärsten Arbeiter, die kommunistische Partei, zu liquidieren. Aber wenn die Kapitalisten ihre Diktatur aus-

dend kleine Minderheit von ein paar Prozent, über die große Mehrheit des Volkes ausübt. Daß die Kapitalisten ihre Diktatur als „Demokratie" — was wörtlich „Volksherrschaft" heißt, ausgeben, ist nur ein billiger Trick. Wo herrscht denn bei uns das Volk? Es hat die Klappe zu halten und darf dafür Nle vier Jahre einen Wahlzettel in den Kasten stecken, um irgendeine Partei der Kapitalisten zu wählen. Die Macht hat die Bourgeoisie. Sie beherrscht Polizei und Armee, den Staatsapparat, die Massenmedien wie Presse, Funk, Film, Fernsehen. Wie sie ihre Diktatur ausübt, ob mit den Samthandschuhen einer angeblichen „Demokratie" oder dem offenen brutalen Terror der faschistischen Diktatur, hängt stets von dem Grad ihrer Gefährdung durch das Volk ab. Diktatur bedeutet also zunächst einmal nicht mehr als die Herrschaft einer Klasse. Und die herrschende Klasse ist im Sozialismus das Proletariat.

* * *

„Warum gerade das Proletariat? Warum soll es die Führung haben? Warum nicht alle Werktätigen, die für ihren Lebensunterhalt hart arbeiten müssen? Ihr habt doch vorhin selbst gesagt, daß beispielsweise die werktätigen Bauern Verbündete der Arbeiterklasse sind."

Richtig. Deshalb heißt es auch zum Beispiel in der Verfassung der Sozialistischen Volksrepublik Albanien ganz am Anfang: „Die Sozialistische Volksrepublik Albanien ist ein Staat der Diktatur des Proletariats, **der die Interessen aller Werktätigen wahrnimmt und verteidigt.** Die Sozialistische Volksrepublik Albanien beruht auf der Einheit des Volkes um die Partei der Arbeit Albaniens und **hat zur Grundlage das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Genossenschaftsbauern unter der Führung der Arbeiterklasse."**

Warum „Führung der Ar-

gebnis der Rolle, die die Arbeiterklasse in der Gesellschaft spielt. Die Arbeiterklasse ist die am meisten ausgebeutete Klasse der kapitalistischen Gesellschaft und wird schon infolge ihrer Lebensbedingungen zum konsequenten, unversöhnlichen Gegner der Kapitalisten. Da sie kein Privateigentum an Produktionsmitteln besitzt, ist sie auch nicht daran interessiert, es beizubehalten. Im Gegenteil, für sie ist seine Abschaffung der einzige Weg zu ihrer Befreiung. Sie schafft fast alle gesellschaftlichen Werte und ist infolgedessen an ihrer sinnvollen Verwendung und Verteilung interessiert. Infolge ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Großindustrie, die die Arbeiter tagtäglich zum Kollektivgeist, zu gegenseitiger Hilfe und Unterstützung, zum einmütigen Handeln erzieht, ist die Arbeiterklasse am besten befähigt, sich zu organisieren und den Kampf aufzunehmen, ist sie die am besten zum Kampf gerüstete, am weitsichtigsten, selbstlosesten und konsequent revolutionärste Klasse. Indem die Arbeiterklasse sich an die Spitze der Gesellschaft stellt, macht sie dem himmelschreienden Unrecht der Spaltung der Gesellschaft in Arme und Reiche, Ausbeuter und Ausgebeutete, in Unterdrücker und Unterdrückte, durch die Zerschlagung der Basis, auf der dieses Unrecht besteht, dem Privatbesitz an den Produktionsmitteln, ein Ende. **Indem sie sich selbst befreit, befreit sie zugleich die ganze Menschheit.**

* * *

„Aber warum muß sie dazu gleich eine Diktatur errichten, warum geht das nicht anders?"

Weil die Kapitalisten natürlich nicht freiwillig auf den Besitz an den Produktionsmitteln verzichten. Wir haben bereits gesagt, daß man sie enteignen muß. Das ist das eine. Aber auch nachdem die

Klassenkampf nicht auf. Die alten Ausbeuter hoffen auf die Wiederherstellung ihrer Macht und unternehmen Versuche, diese Macht wiederherzustellen. Zugleich entstehen im Sozialismus neue bürgerliche, kapitalistische Elemente. Das hat seine Ursache darin, daß die neue sozialistische Gesellschaft nicht mit einem Schlag alle Übel des Kapitalismus beseitigen kann, sondern noch mit den — wie Lenin sagte — Muttermalen der alten kapitalistischen Gesellschaft behaftet ist. Deshalb muß die Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen Werktätigen die Diktatur des Proletariats ausüben und den Klassenkampf unerbittlich weiterführen, deshalb braucht die Arbeiterklasse den Staatsapparat der Arbeitermacht, politische Machtorgane, Armee, Justiz usw.

Aber diese Diktatur ist nur die eine Seite der Medaille. Die andere ist die sozialistische Demokratie. Und zwar Demokratie für die Millionenmassen in der Bundesrepublik und Westberlin, die heute im Kapitalismus unterdrückt werden. Volksvertreter und Richter werden im Sozialismus in direkter, geheimer Wahl gewählt. Sie sind nicht



Bestellungen an:
Verlag
Roter Morgen

mir die Drehbank, an der ich arbeite, wahrscheinlich aber drei oder vier. Die Polizisten, die Richter würden euch auslachen.

Warum? **Weil sie dafür**

größten Bauernlegen der deutschen Geschichte ihre landwirtschaftlichen Betriebe aufgeben. Weitere Hunderttausende sollen entsprechend den Plänen der Bun-

Kapitalisten ihre Diktatur ausüben, dann nicht immer in der Form des Faschismus. Wir leben auch gegenwärtig unter einer Diktatur, die die Kapitalisten, eine verschwin-

Warum „Führung der Arbeiterklasse"? Die historische Aufgabe des Proletariats, der Arbeiterklasse, ist nicht irgendeine willkürliche Erfindung. Sie ist das Er-

eine. Aber auch nachdem die alte Ausbeuterordnung zerschlagen, die Herrschaft der Kapitalisten gestürzt und die Bourgeoisie als Klasse liquidiert wurde, hört der

Roter Morgen
Wellinghofer Str. 103
46 Dortmund 30

ihrem „Gewissen" gegenüber verantwortlich, wie bei uns, sondern gegenüber dem Volk. Ihm müssen sie Rechenschaft geben, von ihm können sie auch abberufen werden. Diese Organe, die das Volk wählt, vereinigen in sich die gesetzgebende und die ausführende Gewalt. Es gibt also keinen bürokratischen Verwaltungsapparat mehr, der dem Volk im Nacken sitzt. Stattdessen sind die Werktätigen über die Räte direkt am Regieren des Landes beteiligt. Auch die öffentliche Gewalt ist im Sozialismus kein Monopol des Staates. Im Sozialismus ist das Volk bewaffnet. Das ist ein wichtiger Ausdruck der sozialistischen Demokratie und eine Gewähr dafür, daß niemand sich durch Gewalt den Massen aufzwingen und ihnen die demokratischen Rechte und Freiheiten wegnehmen kann.



Hamburger Antifaschisten-Prozeß eingestellt!

Ein bedeutender Sieg über die Justizpraxis des Bonner Staates

Am Mittwoch, den 23. 5., liegt endlich der Gerichtsbeschluß vor, für den acht Hamburger Antifaschisten ein Jahr lang gekämpft haben: Der Hamburger Antifaschistenprozeß wird zu den Bedingungen der Angeklagten eingestellt!

Dies ist ein bedeutender Sieg aller Antifaschisten, die solidarisch an der Seite der Angeklagten gestanden haben, als diese einem zermürbenden Prozeßterror ausgesetzt waren. Sie waren Angeklagte, nicht weil sie Kriminelle wären, sondern weil sie 1976 in Hamburg gegen

chen werden, lehnt das Hamburger Landgericht den Einstellungsantrag der Verteidigung ab und gibt die Verhandlungstermine für die Neuauflage des Antifaschistenprozesses bekannt. Tausende von Unterschriften, zahlreiche Protestschreiben fortschrittlicher

Staatsanwalt selbstkritisch feststellen mußte.

Die Angeklagten und ihre Verteidiger geben nicht auf. Erneut fordern sie die Justizbehörde auf, das Verfahren einzustellen, gegen Zahlung eines Betrages von 500 Mark an „amnesty international". Die-

neue Nazis zu kämpfen. Doch machen wir uns nichts vor.

Trotz der Einstellung dieses Antifaschistenprozesses muß heute immer noch jeder, der sich aktiv gegen die Provokationen faschistischer Gruppen stellt, mit Verfolgung und sogar Gefängnis rechnen, wie die immer noch und verstärkt laufenden Verfahren gegen Antifaschisten beweisen, die sich an Protestdemonstrationen gegen Versammlungen von Neonazis in Lurup, am Holzdamm und bei Demonstrationen gegen den Terror des Schah-Regimes beteiligt haben. Zwar konnten in diesen Verfahren einige Freisprüche erzielt werden, dennoch wurde bisher neben Geldstrafen in einem Fall eine **Gefängnisstrafe** von 9 Monaten auf Bewährung verhängt.

Gefängnis für Antifaschisten, Freisprüche und Entschädigungen für NS-Schergen — das sind die beiden Seiten der bundesrepublikanischen ‚Rechtsstaatlichkeit', die Hand in Hand gehen mit Berufsverboten für fortschrittliche Menschen bei gleichzeitiger Wahl eines Alt-Nazis und Lügners zum Bundespräsidenten. Auf der einen Seite Hochjubeln des Grundgesetzes zur ‚freiheitlichsten' Verfassung auf deutschem Boden, auf der anderen Seite Zensur fortschrittlicher Zeitungen, Demonstrationsverbote, polizei(staat-)lich praktizierte Todesstrafe an über 500 Menschen, die durch Schüsse der Polizei getötet wurden.

Der breite Protest, die große Empörung über die Anklagen gegen Antifaschisten sind ein Signal, ein Zeichen, daß der Widerstand gegen den fort-

Nach der Pleite von Hamburg:

Die Justiz wird ausgerichtet

Gerade ist die Einstellung des Hamburger Prozesses verkündet worden, da wird bekannt, daß die Justizorgane an den Erfahrungen, die Staatsanwalt und Gericht in diesen und anderen politischen Prozessen machen mußten, ausgerichtet und geschult werden sollen.

So werden zum Beispiel in einem Papier, das der Präsident des Amtsgerichts Hannover am 12. April herausgegeben hat, „Empfehlungen zur Vorbereitung und Durchführung von sicherheitsempfindlichen Gerichtsverhandlungen" gegeben. Dabei geht es um Gerichtsverhandlungen, „bei denen mit Stör- und Gewaltaktionen terroristischer oder sonstiger verfassungsfeindlicher Gruppen zu rechnen ist".

Darin wird zum Beispiel empfohlen, bei Verhandlungen möglichst wenig uniformierte Polizei sehen zu lassen, dafür aber „eine Einsatzreserve (...) in greifbarer Nähe zu haben". Dabei wird die Entscheidung über Art und Umfang der Bewaffnung ausdrücklich der Polizei selbst zugestanden!

Weiterhin wird den Richtern empfohlen, bei „Störungen" zunächst lediglich gegen einzelne Zuhörer vorzugehen. Denn: Bei zu ungestümem Vorgehen könnte er der Verteidigung Ablehnungsgründe liefern!

Auch wird auf die geschickte Ausnutzung der Polizei in ihrer Doppelfunktion, als „Sitzungspolizei" für den Gerichtsvorsitzenden und als „Hilfspolizei" der Staatsanwaltschaft hingewiesen. So kann der Staatsanwalt „nach Herbeiführung einer Verhandlungsunterbrechung" jeden beliebigen „strafrechtlichen Verstoß" durch Polizeieinsatz verfolgen lassen.

In einem weiteren Dokument wurde für den 23. bis 27. April eine Fortbildungsveranstaltung für Richter und Staatsanwälte „über Besonderheiten in Verfahren gegen politisch motivierte Täter" in der Justizakademie in Königslutter angekündigt. Nach Angaben des Programms dieser Veranstaltung sollte dort ein Dr. phil, Dr. jur., Dr. sc. pol. habil. Ulrich Matthée über „historische Vorläufer und ideengeschichtliche Grundlagen des Terrorismus" referieren. Neben einem „Planspiel" und dessen Auswertung sollten Filme von Grohnde-Demonstrationen gezeigt werden. Auch „die Polizei vor Gericht" — ein nach dem Hamburger Prozeß sehr aktuelles Thema — war als Referat vorgesehen.

Diese geheimen Ausrichtungsmaßnahmen des Justizapparats lassen ahnen, daß auch in zukünftigen politischen Prozessen harte Saiten aufgezogen werden sollen.

Alle Demokraten, Antifaschisten und Kommunisten müssen sich darauf vorbereiten und den Kampf gegen diese Entwicklung aufnehmen.

sie Kriminelle wären, sondern weil sie 1976 in Hamburg gegen einen internationalen Faschistenkongreß demonstriert hatten.

Einige von ihnen verloren durch den Prozeß ihre Arbeit. Mit vom „Polizeizeugenbetreuer" Stöhlmacher ausgerichteten Zeugen versuchte sie die Staatsanwaltschaft schwer zu belasten. Ihnen selbst, die im „Terroristensaal" durch Panzerglaswände isoliert waren, wurde das Wort durch Abschalten der Mikrophone häufig abgeschnitten. Und auch die Zuschauer mußten sich eine Behandlung gefallen lassen, wie sie kein gemeingefährlicher Schwerverbrecher über sich ergehen lassen müßte.

Am 14. 11. 78 war der Prozeß an der Befangenheit eines der beisitzenden Richter geplatzt. Aber die Staatsanwaltschaft träumte von der Neuauflage. In einem Flugblatt der KPD/ML Ortsgruppe Hamburg heißt es:

„Im selben Land, zur selben Zeit, als im Majdanek-Prozeß 4 Nazi-Massenmörder freigesprochen, Unterschriften, zahlreiche Protestschreiben fortschrittlicher Persönlichkeiten, die alle die sofortige Einstellung des Prozesses gefordert haben, bleiben — so scheint es zu diesem Zeitpunkt — völlig wirkungslos.

Doch der Schein trügt. Der Film „Holocaust" hat Millionen Menschen in der Bundesrepublik aufgerüttelt. „Keine Verjährung von Nazi-Verbrechen!" fordern Tausende und bringen in machtvollen Demonstrationen unter anderem zur sogenannten Reichskristallnacht im November letzten Jahres zum Ausdruck: „Ein neues 33 darf es nicht geben"; „Schluß mit der Verfolgung von Nazi-Gegnern, die ein neues 33 verhindern wollen."

Empört über die Wiederaufnahme des Prozesses fordern zwölf Hamburger Pastoren ebenso wie der FDP-Politiker Gerhard Weber die Einstellung des Prozesses. Das Gericht weiß, daß ebenso wie im ersten Verfahren eine breite Öffentlichkeit den Prozeß verfolgen wird, daß er schon jetzt eine „traurige Berühmtheit" erlangt hat, wie ein leitender eines Betrages von 500 Mark an „amnesty international". Dieselbe Justiz, die den antifaschistischen Kampf und Protest mit Anklagen wie „Landfriedensbruch" und „Widerstand gegen die Staatsgewalt" — auf die Gefängnisstrafen von mindestens 6 Monaten stehen — verfolgt hatte und in einem Mammutprozeß die Nazi-Gegnerschaft als kriminell verurteilen und die Angeklagten mit den entstandenen Prozeßkosten auch finanziell fertigmachen wollte, diese Justiz ist nun durch den öffentlichen Protest, durch die breite Solidarität mit den Angeklagten gezwungen, auf die Forderungen der Angeklagten einzugehen:

Gegen Zahlung eines Betrages von jeweils 500 DM an „amnesty international" wird das Verfahren eingestellt. Die Verfahrenskosten von DM 250 000,— werden der Staatskasse auferlegt.

Der Ausgang dieses Prozesses ist eine Ermutigung und Bestärkung für alle, die entschlossen sind, gegen alte und Signal, ein Zeichen, daß der Widerstand gegen den fortschreitenden Abbau noch vorhandener demokratischer Rechte zunimmt, daß mehr und mehr Menschen erkennen, daß die Reden von Demokratie und Freiheit hohle Phrasen sind, weil sie allein die Freiheit für NS-Verbrecher vor drohenden Gerichtsurteilen bedeuten; weil sie die Freiheit der Unternehmer darstellen, aus Rationalisierungsgründen Tausende von Arbeitern und Angestellten auf die Straße zu werfen; weil sie die Freiheit der AKW-Betreiber meinen, die das Leben von Millionen aufs Spiel setzen; weil sie Demokratie verstehen, als alle vier Jahre ein Kreuzchen schreiben.

Ihre Freiheit und Demokratie ist nicht unsere Freiheit und Demokratie. Kämpfen wir gemeinsam für die Durchsetzung unserer Forderungen:

- **Keine Verjährung von Nazi-Verbrechen!**
- **Verbot aller faschistischen Organisationen!**
- **Einstellung aller Verfahren gegen Antifaschisten!"**

Resolution der IG DruPa Hamburg

Folgende Resolution, die wir auszugsweise veröffentlichen, wurde auf der 25. Delegiertenversammlung (DV) des Ortsvereins Hamburg der IG Druck und Papier verabschiedet.

Nachdem die Resolution den massenhaften Protest der Antifaschisten gegen den „Kongreß der nationalen Kräfte Europas" am 6. Juli 1976 als richtig und notwendig bezeichnet und die Haltung von Senat und den Polizeieinsatz verurteilt hatte, geht sie auf den Prozeß ein:

„Seine Fortsetzung fand die Härte des Polizeieinsatzes in dem am 8. 5. 1978 unter diskriminierenden Bedingungen eröffneten Prozeß gegen acht junge Leute, die im August 1976 verhaftet worden waren. Während vergleichsweise im bekannten Majdanek-Prozeß gegen mutmaßliche Massenmörder unter ganz normalen Prozeßbedingungen verhandelt wurde, waren die Hamburger Antifaschisten gezwungen, 42 Tage im sogenannten Terroristensaal unter strengster Polizeibewachung, Kontrolle der Zuschauer, dubiosen Verbindungen der Belastungszeugen zu einem Zeugenbetreuer und befangenem Richter zu verhandeln.

Die DV nimmt mit Empörung zur Kenntnis, daß am 28. Mai dieses Jahres eine Neuauflage dieses Prozesses beginnen soll, während es auf der anderen Seite offensichtlich keine Schwierigkeiten darstellt, ehemalige KZ-Aufseher freizusprechen..

Gerade die jüngsten Diskussionen im Zusammenhang mit „Holocaust" lassen erneut erkennen, daß antifaschistischer Widerstand absolut notwendig war, ist und auch bleiben wird. Deshalb reiht sich die DV der IG-DruPa in die Reihe derjenigen ein, die bereits ihren Protest gegen diesen Prozeß bekundet haben."

Leserbriefe

Betr.: Artikel im RM 6/79 „Jüdischer Lehrer von der Schule vertrieben"

Liebe Genossen!

Als Lehrer sind wir immer öfter mit den Problemen konfrontiert, die sich aus den Aktivitäten der Neonazis unter der Schuljugend ergeben. Wir haben diskutiert, wie man dabei grundsätzlich vorgeht und meinen, daß die Lösung der Probleme in diesem Artikel zu oberflächlich und falsch ist: „Die vier faschistischen Schüler sowie ihre Gönner in der Schulleitung müssen aus der Schule gefeuert werden", heißt es da.

Wir meinen, daß man zwischen **erwachsenen Nazis** und **irregeführten Jugendlichen** unterscheiden muß. Wir wissen aus Erfahrung, daß zur Zeit bei manchen Jugendlichen Judenwitze „Mode" sind und antisemitische Schmierereien und Hitlergruß relativ oft vorkommen. Doch auch hier müssen wir zwischen **organisierten Jung-Neonazis**, die es sehr selten gibt, und solchen Jugendlichen unterscheiden, **die aufgrund von Unwissenheit** solche Sachen **gedankenlos** mitmachen. Und es ist doch klar, daß man diese Jugendlichen unbedingt **gewinnen** muß. (Es gibt Beispiele, da wurden solche Schüler bewußte Antifaschisten).

Doch auch den Kampf gegen hartnäckige Jungnazis sollte man auf keinen Fall hauptsächlich mit der Entfernung von der Schule bewenden lassen. Erstens schiebt man das Problem nur weiter an eine andere Schule und drückt sich praktisch vor dem wirklichen Kampf. Zweitens muß jedes Vorkommnis von Faschismus an Schulen benutzt werden, um einen **antifaschistischen Kampf** zu entfachen, denn die Erfahrung zeigt, daß es im Moment ein sehr guter Anknüpfungspunkt ist für die Entstehung einer antifaschistischen Gruppe an einer Schule.

Dabei muß der Kampf in erster Linie **gegen die faschistische Ideologie** — egal in welcher Form sie auftritt — und nicht gegen die Jugendlichen, die von ihr irregeführt wurden, geführt werden, und in zweiter Linie **gegen die, die die Nazis und ihre Ideologie decken** und die entstehende antifaschistische Bewegung unterdrücken wollen. Das wichtigste Mittel ist dabei, **alle Schüler zusammenzuschließen**, wenn nötig auch mal gegen einen wirklich militanten und organisierten Jungnazi.

Dazu dienen die Mittel der Aufklärung, Bildung von AGs, antifaschistische Aktivitäten in Unterricht und Schule usw. So werden die anderen Schüler wirklich etwas aus dem Kampf lernen: nämlich was das Wesen **des Faschismus** war, und woher heute die wirkliche faschistische Gefahr droht, nämlich vom Staat, der Nazis deckt und Antifaschisten verurteilt. Eine bürokratische Schulverweisung aller Schüler, die irregeführt wurden, scheint uns jedenfalls kein Mittel zu sein.

Etwas anderes ist der Kampf gegen **faschistische Lehrer oder Schulleiter.** Wenn so etwas bekannt wird, sollte man aktiv durch die Schaffung einer möglichst breiten Öffentlichkeit diese Nazis anprangern und ihre Entfernung aus dem Dienst erkämpfen, wenn möglich.

(Das Gesagte gilt auch für die antifaschistische Arbeit der Lehrer. Auch die Kollegen sollten möglichst viele Lehrer zusammenschließen und durch Aufklärung im Unterricht oder in AGs den Schülern helfen, sich zu informieren und mit den antifaschistischen Schülern eine Front bilden, möglichst auch noch mit deren Eltern. Die Schulverweisung sollte von den Lehrern nicht angestrebt werden — außer in ganz hartnäckigen Fällen.)

Rot Front!

Genossen aus Westberlin

Mit ihrer Kritik an unserer Meldung im RM 6/79 haben die Genossen vollkommen recht. Wir sind ihnen sehr dankbar dafür, daß sie diese Frage aufgreifen und anhand ihrer Erfahrungen aufzeigen, wie differenziert man an diese Frage herangehen muß. Das ist sicherlich auch eine Hilfe für viele andere fortschrittliche Pädagogen und Schüler, die mit ähnlichen Problemen konfrontiert sind.

Hochgebirgsklinik Davos-Wolfgang:

Volkskorrespondenz aus Bremen

Die Sanatorien im Kapitalismus haben die Funktion, die Ware Arbeitskraft so billig und schnell wie möglich wiederherzustellen, um sie anschließend wieder verstärkt ausbeutbar zu machen. In so einer Kuranstalt war ich in den letzten Jahren mehrmals wegen eines Augenleidens. Laut Arztbericht, den ich illegal öffnete, waren die Auslösefunktionen dieser Krankheit die thermischen und körperlichen Belastungen in meinem Beruf als Koch.

Auf dem Bourgois-Dampfer „TS-Bremen", auf dem ich als Schiffskoch gefahren bin, betrug die Arbeitszeit 7 Tage in der Woche 14 Stunden täglich: von 6 bis 15 und von 17 bis 22 Uhr, bei besonderen Anlässen, zum Beispiel Bällen, bis 24 Uhr. In den viel zu engen Küchen betrug die Innentemperatur zum Beispiel in der Karibik bis zu 65 Grad Celsius. Da keine vernünftige Belüftung vorhanden war, mußten wir alle paar Stunden die Klamotten wechseln, da sie vor Schweiß trieften.

Diese Arbeitsbedingungen verursachten mein Augenleiden, zu dessen Behandlung ich mehrfach in eine „Menschenreparaturwerkstatt" in der Schweiz geschickt wurde. Für die Krankenkassen ist die Schweiz kostengünstiger, da der Tagessatz erheblich niedriger liegt und diese Krankheit einen langwierigen Heilungsprozeß erfordert.

Die Asthma- und Allergieklinik hat eine Augenabteilung mit ca. 40 Patienten, die von einem Augenarzt betreut werden. Dieser Arzt kommt abends für drei Stunden in die Klinik, da er nebenbei noch im Städtischen Krankenhaus tätig ist und auch noch eine private Praxis hat. Wenn man Glück hat, kommt man also einmal pro Woche für zehn Minuten zur Visite.

Für die zwei Stationen Augenkranke stehen ebenfalls zwei ca. 70jährige Diakonissenschwestern zur Verfügung, die von 7 bis 20 Uhr tätig sind. Nicht nur, daß diese Schwe-

schnell und billig wie möglich wieder für die Kapitalisten ausbeutbar ist, besteht eine fünfseitige Hausordnung. Der kasernierte Tagesablauf beginnt um 7 Uhr, erstreckt sich über unzählige Vorschriften bis um 21.30 Uhr, wo das „Kurgefängnis" geschlossen wird — man ist eingesperrt. Um 22.30 Uhr muß jeder in seinem Zimmer sein. Es ist auch nach „Stammheimer Methode" verboten, sich überhaupt untereinander auf den Zimmern zu besuchen. Wer gegen die Hausordnung verstößt, bekommt die berüchtigte „Blitzkur" — kann also sofort nach Hause fahren.

ger als eine Stunde darauf sitzen kann.

Vor einigen Jahren wurden noch Kurveranstaltungen, Kurkonzerte und Kinofilme gezeigt. Jetzt gibt es nur noch ab und zu einen Arztvortrag, der für viele Patienten zur Pflicht gemacht wird, um ihnen unter anderem unter dem Motto „Übergewicht" zu erzählen, daß sie alle viel zu „verfressen" sind.

Die letzte Möglichkeit der Freizeitbeschäftigung in der Klinik wäre noch der Bastelraum. Das Material ist aber so teuer, daß es sich eher lohnt, die Sachen fertig im Geschäft zu kaufen. Zum Schluß bleibt einem dann nur noch übrig, in eine der drei umliegenden Kneipen zu gehen, die sich durch die Patienten reichstoßen.

Wie aber kann man den Kampf gegen solche Zustände führen? Gegenwärtig äußert



45

Eine gute Botschaft für Sie 58. Jahrgang

Ich bin geborgen...

Einen Augenblick stehe ich still vor der weiss gestrichenen Tür Nr. 24 des grossen Krankenhauses.

Was soll ich dem Mann sagen, der dort liegt? Er hat Schweres erlebt. Bei einer Autofahrt ist er verunglückt und liegt nun mit zerschmettertem Armgelenk hier in der fremden Stadt im Krankenhaus. Inzwischen ist zu Hause seine treue und geliebte Frau einem Herzschlag erlegen und zu Grabe getragen worden. Und zu all den äusseren und inneren Schmerzen mögen die Sorgen kommen um das grosse Geschäft zu Hause, das

Ein Rezept für Sie:
Ich will mich fügen
und halten still,
und mich begnügen,
wie Gott es will.

Ich bin geborgen –
o selger Stand –
so heut wie morgen:
in Gottes Hand!

Dieses reaktionäre Kirchenblatt erscheint jede Woche in der Klinik.

In den letzten Jahren konnte man ebenfalls die Rationalisierung, den Abbau der Rechte auf Kosten des Klinikpersonals und der Patienten gut verfolgen. 1970 wurde zum Beispiel die Wäsche in der Klinikwäscherei gewaschen, heute steht für ca. 200 Patienten eine Waschmaschine zur Verfügung, die man an fünf Tagen je acht Stunden benutzen darf — jede Station nur an einem bestimmten Tag. Man muß sich also stundenlang anstellen, manchmal sogar prügeln, um mal dranzukommen.

Ebenso gab es von der Krankenkasse ein tägliches Ta-

sich der Widerstand der Patienten in der Nichtbeachtung der Hausordnung. Um sich abends etwas mehr Freizeit zu beschaffen, werden Kletterpartien über Feuerleitern und Balkone unternommen. Trotz ausdrücklicher Verbote schließen sich die Patienten in Gruppen zusammen, um ihre Kur selbst zu gestalten. Sie unternehmen längere Wanderungen, Ausflüge oder Fahrten oft über den ganzen Tag hinweg. Einzelne Patienten haben auch schon Beschwerdebriefe an die Versicherungen geschrieben.



Die Frau des Präsidenten

Volkskorrespondenz aus Dortmund

„Ein tüchtiges Ehepaar: Dr. med. Veronica Carstens will ihre Praxis in Meckenheim nicht aufgeben, wenn ihr Gatte Karl Bundespräsident wird..." Das schrieb der „Stern" zu diesem Bild. Wie es um jene Praxis der Frau Dr. Veronica Carstens steht, davon erzählt folgende Volkskorrespondenz.

Es ist jetzt fast zehn Jahre her. Ende 1969. Alt-Nazi Karl Carstens, der heute von der Bundesversammlung zum ersten Repräsentanten des Bonner Staates gekürt wurde, befaßte sich damals noch als Chef des Bundeskanzleramtes mit Waffenschiebereien.

In den letzten Tagen des alten Jahres wurde unsere ganze Familie krank. Mein Vater, mein Bruder und seine Frau lagen mit einer dicken Grippe im Bett... Ich versorgte die drei, und meine kleine dreijährige Nichte ließ sich auch nicht so leicht vom Bett ihrer kranken Eltern verdrängen. In der Sylvesternacht war

sie noch guter Dinge und hopste durch die Betten. Am Neujahrsmorgen jedoch lag sie schon völlig regungslos und apathisch, scheinbar schlafend in ihrem Bettchen. Meine Schwägerin war sehr beunruhigt. Erster Gedanke: den Arzt rufen. Notdienst an diesem 1. Januar 1970 hatte Frau Dr. Carstens, die Frau des neuen Bundespräsidenten, aus Meckenheim, wo sie noch heute ihre Praxis unterhält.

Die Frau des späteren Präsidenten ist empört, daß sie an diesem Neujahrsmorgen schon um 7 Uhr zu einem Hausbesuch gerufen wird, und das wegen einer Lappalie, wegen einer Grippe. Kann man das Kind nicht in Decken wickeln und in

stens an. Als sie kommt, schnauzt sie meine Schwägerin an, sie sei eine schlechte Mutter! Sich so anzustellen! Und nur wegen einer Grippe! Sie fährt wieder nach Hause, beläßt es aber bei Coca-Cola-Einflößen!

Gegen 16 Uhr bekommt die Kleine die ersten Krämpfe und wird blau... Wir rufen die Carstens nicht zum dritten Mal an. Wir packen das Kind ein und fahren zum Elisabeth-Hospital in Bonn. Dort war sie geboren worden. Deshalb will meine Schwägerin dorthin, obwohl es eines der schlechtesten Krankenhäuser in Bonn ist. An der Pforte: endlose Fragereien, Krankenkasse? Personalien? usw. usf. Über eine Viertelstunde vergeht, ohne daß sich jemand um das kranke Kind kümmert. Dann können wir es abgeben. Es hat Untertemperatur. Unter 36 Grad, und ist nach wie vor regungslos. Aber nun meinen wir, es in die Hände besorgter Ärzte gegeben zu haben.

Am nächsten Morgen. Gegen 8.30 Uhr bin ich mit meinem Bruder im Krankenhaus. Dort erfahren wir, daß am Neujahrstag überhaupt kein Arzt auf dieser Station gewesen ist. Bis jetzt hat noch kein Arzt das Kind gesehen und die Krankenschwestern haben es so gut wie möglich versorgt. „Können wir die Kleine sehen?" fragen wir die Stationsschwester. „Lieber nicht, es ist ein so schlimmes Bild, die Kleine ist blau von Krämpfen." Punkt 10 Uhr erscheint der Arzt. Wir fragen ihn gleich, wie es unserer Kleinen geht. Er kann noch nichts sagen und geht zuerst noch durch die anderen Zimmer, bevor er zu meiner Nichte geht.

Plötzlich ein Riesenauflauf auf der Station. Beatmungsgeräte werden rangekarrt. Die Ärzte des Krankenhauses laufen zusammen. Ein Herzspezialist schreit noch auf der Treppe den Diensthabenden an: „Das hätten Sie viel früher anordnen müssen!" Nach zehn Minuten ist alles vorbei. Der Herzspezialist geht. Der „Diensthabende" kommt und ruft uns in sein Zimmer. Er fragt meinen Bruder: „Herr ... eine Frage: Wie alt sind Sie? Was, erst 28! Sehen Sie — dann nehmen Sie das nicht so schwer. Sie können noch viele Kinder

von 7 bis 20 Uhr tätig sind. Nicht nur, daß diese Schwestern brutal ausgebeutet werden, denn sie bekommen nur ein lächerliches Taschengeld dafür, sondern sie sollen — unterstützt von zwei Pfaffen — den kranken Lohnabhängigen einreden, daß ihre Krankheit die Quittung ihres sündhaften Lebens ist.

So stand zum Beispiel in dem wöchentlich erscheinenden religiösen Blatt der Klinik: „Ein Rezept für Sie: Ich will mich fügen und halten still und mich begnügen wie Gott es will." Dies zeigt deutlich, wohin es führen soll — nämlich den Werktätigen auszureden, daß die kapitalistische Produktionsweise ihre Gesundheit ruiniert, und daß sie sich dagegen wehren.

Damit die Arbeitskraft so

Ebenso gab es von der Krankenkasse ein tägliches Taschengeld, das seit ein paar Jahren auch nicht mehr gezahlt wird. Dafür wird einem gleich nach der Ankunft 15 Mark für den Schlüssel vom Post- und Wertfach abgeknöpft.

Für die Freizeitgestaltung der Patienten wird so gut wie gar nichts mehr gemacht. Es gibt zwar einen Raum mit Billardtischen und Tischtennisplatten, die aber überhaupt nicht mehr zu gebrauchen sind, da die ca. 20 Kinder, die sich unter den Patienten befinden, keine geeigneten Räumlichkeiten haben, in denen sie spielen können. So werden sie ebenfalls auf diese Sachen losgelassen. Dann gibt es noch einen Fernsehraum, der aber so harte Stühle hat, daß man nicht län-

Medikamente auf den Index gesetzt

Volkskorrespondenz aus Bremen

Einem Artikel im „Weser-Kurier" konnte man entnehmen, daß die Kassenärzte und Krankenkassen sich über eine Liste von 300 Medikamenten geeinigt haben, die bisher bei „geringfügigen Gesundheitsstörungen" verschrieben wurden. Diese Medikamente sollen in Zukunft nicht mehr verordnet werden — ein Ausfluß des Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetzes, das bereits seit dem 1. Juli 1977 in Kraft ist.

Welche Medikamente sind nun betroffen? Auch das ist zu ersehen: Medikamente, die am häufigsten gebraucht werden, wie zum Beispiel gegen **Erkältungskrankheiten**, Schmerzen, Verstopfung, **Magensäure** (sprich: Magenbeschwerden), **Krampfadern**, Schlafstörungen und **Rheumatismus.**

Ganz abgesehen davon, daß Medikamente gegen Erkältungskrankheiten, Magenbeschwerden, Krampfadern und Rheumatismus wohl in den ärztlichen Therapiebereich gehören, muß man sich einmal vorstellen, was das für die Bevölkerung heißt!! Neben den Krankenkassenbeiträgen müßte sie auch noch die zum Teil sehr teuren Medikamente selbst bezahlen. Für eine Familie mit mehreren Kindern ist das bei einem „Normaleinkommen" doch gar nicht drin.

Das ist ein ungeheurer Hohn, wenn man daran denkt, daß wir in diesem Jahr das „Jahr des Kindes" haben, daß die Arbeitslosenzahl wächst, daß die Kurzarbeit zunimmt — sprich, daß die Verelendung der arbeitenden Bevölkerung dadurch noch rapider zunehmen wird.

Was die Apotheken und die Pharmaindustrie an den oben erwähnten Medikamenten bisher verdienten, kann man auch ahnen, wenn man weiß, daß die Apotheken 1978 an den betroffenen Präparaten etwa 1,25 Milliarden Mark Umsatz hatten. Das sind 10 Prozent des gesamten Apothekenumsatzes.

Deshalb ist die Pharmaindustrie auch gegen die „Negativliste". Denn es liegt auf der Hand, daß die Patienten in der Einnahme auch notwendiger Medikamente zu sparsam sein werden...

Grippe. Kann man das Kind nicht in Decken wickeln und in ihre fünf Kilometer entfernte Praxis bringen? Schließlich bequemt sie sich zu kommen. Sie guckt sich das Kind an und macht gleich meine Schwägerin an, sie solle nicht so ein Theater machen. Das regungslose Kind sei lediglich in einen Erschöpfungsschlaf gefallen. Sie läßt einige Naturtröpfchen da und verordnet, wir sollen der Kleinen so jede Stunde etwas Coca-Cola einflößen. Das würde sie wieder auf die Beine bringen.

Für meine Schwägerin vergehen sorgenvolle Stunden. Trotz Coca-Cola keine Regung des Kindes! Um 13 Uhr rufen wir noch einmal Frau Dr. Car-

nehmen Sie das nicht so schwer. Sie können noch viele Kinder haben."

Was wäre mit meiner Nichte, wenn sich die Frau des Präsidenten nicht am Neujahrstag gestört gefühlt hätte und ihre ärztlichen Pflichten wahrgenommen hätte?

Sie wäre heute ein Mädchen von 13 Jahren.

Am nächsten Morgen rufen wir Frau Dr. Carstens an und teilen ihr mit, daß das Kind nicht in einem Erschöpfungsschlaf, sondern seit vielen Stunden bewußtlos mit einer Gehirnentzündung dalag. Daß sie trotz Coca-Cola-Therapie verstorben ist.

Sie sagt einige nichtssagende Worte und legt auf.

Vor 30 Jahren, am 8. Mai 1949, wurde das sogenannte Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verabschiedet. Am 23. Mai 1949 trat es in Kraft. Die Spaltung Deutschlands war damit besiegelt. Die Weichen waren gestellt für eine Entwicklung, die das deutsche Volk damals wie heute unheildrohend belastet. In einer Artikelserie befaßt sich der „Rote Morgen" mit der Vorbereitung und Gründung des westdeutschen Separatstaats. In den Nummern 19 bis 20 untersuchten wir bereits Hergang und Hintergründe der Spaltung Deutschlands; in der Nummer 21 behandelten wir die Währungsreform.

30 Jahre Bundesrepublik

So wurde der Kapitalismus gerettet

Eine der wesentlichsten Bestimmungen des Potsdamer Abkommens betraf die Zerschlagung des großen deutschen Monopolkapitals. „In praktisch kürzester Frist ist das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolvereinigungen", hieß es in Absatz 12.

Diese Bestimmung entsprang der Erkenntnis, daß die gewaltige Konzentration wirtschaftlicher Macht in Deutschland, besonders in der Schwerindustrie, der chemischen Industrie, der elektrotechnischen Industrie und im Bankwesen die Grundlage des aggressiven deutschen Imperialismus war. Das deutsche Monopol- und Finanzkapital hatte Hitler in den Sattel gehievt und an der Macht erhalten; es war der Anreger, Antreiber und Nutznießer der faschistischen Massenmorde, des Weltkriegs, der Unterjochung und Plünderung der europäischen Völker gewesen. Ohne die Vernichtung des Monopol- und Finanzkapitals war nicht zu erreichen, was die Alliierten noch vor dem Ende des Weltkriegs zu ihrem Hauptziel erklärt hatten, nämlich „zu verhindern, daß Deutschland jemals wieder den Weltfrieden bedrohen kann".

Das Potsdamer Abkommen war von den Führern Englands, der USA und der Sowjetunion im Juli und August 1945 gemeinsam beraten und unterzeichnet worden. Aber nur in der sowjetisch besetzten Zone (SBZ) wurden die Bestimmungen — vor allem auch die Bestimmung zur Zerschlagung der Monopole — konsequent und vertragstreu umgesetzt.

Bereits am 22. Juli ... noch die Truppen eines sozialistischen Landes wie der Sowjetunion Stalins, sondern die Truppen der westlichen imperialistischen Mächte. Hatten diese einerseits das Interesse, den deutschen Konkurrenten auszuschalten, so wollten sie doch gleichzeitig sein Potential der westlichen Welt erhalten. Sie brauchten die deutschen Imperialisten als Verbündete gegen die Sowjetunion und das erstarkende sozialistische Lager. Für ihre Haltung gab es auch handfeste materielle Gründe. Vor allem die amerikanischen Imperialisten besaßen wesentliche Anteile an der deutschen Industrie. In den westlichen Militärverwaltungen saßen direkte Vertreter des amerikanischen, britischen und französischen Monopol- und Finanzkapitals. Als Beispiel sei der Brigadegeneral William H. Draper jun. genannt, der als Vertreter der USA im Wirtschaftsdirektorium der vier Mächte eine für Deutschland unheilvolle Rolle spielte. Draper kam von der Investitionsbank Dillon Read&Co., die unter anderem nach dem ersten Weltkrieg der deutschen Schwerindustrie mit einer 100-Millionen-Dollar-Anleihe an Fritz Thyssens Vereinigte Stahlwerke wieder auf die Beine geholfen hatte.

Daß die westlichen Besatzungsmächte, allen voran die USA, nicht gewillt waren, einschneidende Maßnahmen gegen die deutschen Monopole zu treffen, zeigte sich deutlich an ihrer Behandlung der industriellen Kriegsverbrecher. Nur gegen drei der Kriegsverbrecher-Konzerne wurden vor dem Nürnberger Tribunal Prozesse geführt: gegen Krupp, Flick und den IG-Farben-Konzern. In welcher Atmosphäre dabei untersucht und verhandelt wurde, bezeugt eine eidesstattliche Erklärung Georg von Schnitzlers, des Hauptangeklagten im IG-Farben-Prozeß: „Das persönliche Verhältnis zwischen den Untersuchungsbeauftragten und mir, in Frankfurt, während des Jahres 1945 war ein sehr ungezwungenes und offenes, es war sehr herzlich."

Entsprechend diesem „herzlichen Verhältnis" zwischen den deutschen und den amerikanischen Imperialisten — eine Krähe hackt der anderen eben kein Auge aus — fiel die Bestrafung dieser kapitalistischen Verbrecher aus. Zu Zuchthaus verurteilt, konnten die Monopolisten von ihren Zellen aus die Geschicke ihrer Konzerne leiten und kamen schon nach wenigen Jahren wieder frei. Als letzter der industriellen Kriegsverbrecher wurde Alfried Krupp im Februar 1951 aus der Haft entlassen und in seine sämtlichen Eigentumsrechte als Kanonenkönig von Essen wieder eingesetzt.

„Treuhandverwaltungen"

Der Form nach unterstellten die westlichen Besatzungsmächte einige der großen Konzerne zunächst ihrer Kontrolle. So den IG-Farben-Konzern, den Krupp-Konzern mit allen seinen Tochtergesellschaften, 67 Bergwerksbetriebe und die Unternehmen der Stahlindustrie. Was jedoch zunächst als eine gegen die großen Monopole gerichtete Maßnahme erschien, erwies sich sehr schnell als Bluff. Denn die Eigentumsrechte der Großkapitalisten wurden durch die Maßnahmen in Wirklichkeit nicht angetastet.

Die „beschlagnahmten" Konzerne wurden sogenannten Treuhandverwaltungen unterstellt, an deren Spitze altgediente deutsche Imperialisten standen. Die Treuhandverwaltung der Eisen- und Stahlindustrie übernahm zum Beispiel ein Herr Heinrich Dinkelbach, der in früheren Zeiten Finanzdirektor der Vereinigten Stahlwerke AG, des entscheidenden Trusts der deutschen Schwerindustrie, gewesen war. An die Spitze der „Deutschen Kohlenbergbauleitung" trat der Generaldirektor und Bergassessor a.D. Heinrich Kost, ein Kartellherr, ein Wehrwirtschaftsführer Hitlers. Leute wie Dinkelbach und Kost waren keine Sachwalter antifaschistischer und demokratischer Belange; sie waren Sachwalter des deutschen Finanz- und Monopolkapitals. Von ihnen war eine Mithilfe bei der „Entflechtung", der „Vernichtung" der wirtschaftlichen Grundlagen des Imperialismus und Faschismus nicht im entferntesten zu erwarten.

Wie sah nun die „Entflechtung" in den Westzonen aus? Im Stein- und Braunkohlebergbau wurden zwar die Syndikate aufgelöst; mit denselben Herren wurden jedoch die Deutsche Kohlenbergbauleitung und ihre Untergliederungen geschaffen, deren Kompetenzen noch erheblich weiter gingen als die der Syndikate. In der Stahl- und Eisenindustrie wurden die Hüttenwerke aus den Konzernen herausgelöst, obwohl die Konzerne nach wie vor die Eigentümer der Produktionsmittel blieben, und zu einem neuen Monopol zusammengefaßt; der IG-Farben-Trust wurde provisorisch in einzelne „treuhänderisch" verwaltete Betriebsgesellschaften zerlegt, ohne daß die Eigentumsverhältnisse angetastet wurden. Die übrigen Trusts und Konzerne wurden von der „Entflechtung" überhaupt nicht berührt.

Nicht anders als mit den Konzernen wurde mit den Banken verfahren. Während offiziell zunächst die Tätigkeit der großen Banken — Deutsche Bank, Dresdner Bank, Commerz- und Privatbank „ruhte", wurden ihre Funktionen von sogenannten Regionalbanken übernommen. Diese Regionalbanken waren nichts anderes als die früheren Provinzfilialen der großen Banken. Nach einer gewissen Zeit wurden die Banken wieder dezentralisiert.

Die Ferguson-Kommission, die die amerikanischen Maß-

Zum Beispiel IG Farben

Die IG Farben, der größte Chemiekonzern der damaligen Welt, gehörte zu den bedeutendsten Hitler-Finanziers. Natürlich war sie Mitglied in Himmlers berüchtigtem „Freundeskreis SS". Für Hitler spendete sie von 1933 an immer größere Summen jährlich: 1933 waren es noch 3, 1942 dagegen 13, 1943 8 und 1944 ebenfalls 8 Millionen Mark. Ohne die IG Farben hätten die Faschisten ihre Kriegspläne nicht durchführen können: Sie produzierte 100 Prozent des Heeresbedarfs an Kunstgummi und Schmieröl, 95 Prozent an Giftgasen, 84 Prozent an Sprengstoffen und 70 Prozent an Schießpulver — um nur einige der „Produkte" zu nennen.

„Vernichtung durch Arbeit"

Für ihre Dienste wurde die IG Farben reichlich belohnt. Sie konnte die chemischen Industrien in den von den Faschisten besetzten Ländern ausplündern. Zu ihrem großen Geschäft wurden die KZs, wurde die Ausbeutung vor allem der Häftlinge des Lagers Auschwitz. Das Lager Auschwitz III (Monowitz), bei dessen Bau allein schon Tausende von Häftlingen ums Leben kamen, war überhaupt eine Gründung der IG Farben. In ihrem dem KZ angeschlossenen Produktionsanlagen — vor allem den Buna-Werken — beutete die IG Farben bis zu 30000 Häftlinge gleichzeitig aus. Der SS zahlte die IG Farben dabei 3 bis 4 Reichsmark pro Tag und Häftling. Die Häftlinge mußten die Arbeit — zehn bis zwölf Stunden täglich — im Laufschritt und ohne Arbeitsschutzkleidung verrichten. Die Arbeit zehrte die Häftlinge so aus, daß nach Angaben des KZ-Kommandanten Höß monatlich ein Fünftel der Häftlingsbelegschaften „zur Vernichtung von den Betrieben in die Lager zurückgeschickt wurden"; die entstehenden Lücken wurden fortlaufend durch neue Häftlinge aufgefüllt. Das Programm hieß „Vernichtung durch Arbeit".

Die IG Farben lieferte auch das Gas Zyklon B für den Massenmord in den Gaskammern. Sie verdienten große Summen, indem sie gemietete Häftlinge an andere Firmen für 80 Pfennig pro Stunde — bei 12stündiger Arbeitszeit — weiterverliehen. Für den „Stückpreis" von 200 Reichsmark kaufte die IG Farben Häftlingsfrauen für Experimente mit Medikamenten. In einem Schreiben der Firma darüber heißt es: „Die Versuche sind vorgenommen worden. Alle Versuchsobjekte sind gestorben. Wir werden Sie in Kürze betreffend einer neuen Lieferung benachrichtigen".

Die Gewinne der IG Farben wuchsen unter der Nazi-Herrschaft enorm. Betrugen sie im Jahre 1932 noch 48 Millionen Mark, so machten sie 1937 schon 231 Millionen, 1939 363 Millionen und 1943 822 Millionen Mark aus.

Wie durch ein Wunder ... kommen mit der IG Farben, die Magnesiumproduktion in den Vereinigten Staaten einzuschränken. Zwischen der Remington Small Arms und den IG Farben bestand eine Übereinkunft über die Produktion von sandfreiem Pulver, welche die Belieferung Großbritanniens bis 1941 unmöglich machte.

Wie durch ein Wunder . . .

Wie durch ein Wunder blieben die meisten Anlagen der IG Farben von den angloamerikanischen Bombenangriffen verschont. Während die deutschen Städte, Wohnhäuser, Kulturdenkmäler usw. von den Bombern in Schutt und Asche gelegt wurden, verzeichnete die IG Farben einen Gesamtschaden von lediglich 15 Prozent.

Auch nach der bedingungslosen Kapitulation übten die westlichen Besatzungsmächte äußerste Nachsicht gegenüber dem Kriegsverbrecher-Konzern IG Farben, dieser Blüte deutschen Unternehmertums. Zwar „beschlagnahmten" die amerikanischen, französischen und britischen Militärbehörden bis zum 18. November 1945 das gesamte IG-Farben-Vermögen in Westdeutschland und Westberlin. Zwar „beschlagnahmten" die Westmächte zunächst das gesamte IG-Vermögen; zwar wurde der Konzern 1947 offiziell „aufgelöst". Doch bis September 1949 war kein einziges Werk zerstört oder demontiert; die Werke wurden bevorzugt mit Rohstoffen beliefert; sie produzierten 1949 mehr als vor dem Krieg.

Die Besitzverhältnisse blieben

Anders als in der sowjetisch besetzten Zone wurde im Westen der IG-Farben-Besitz nicht enteignet; die westlichen Besatzungsmächte erklärten 1945 die Rechte der Aktionäre lediglich für „ruhend". Mit der „Ruhe" aber war es bald vorbei. Allein zwischen dem 20. Oktober 1945 und dem 20. Januar 1946 verdoppelte sich der Preis der IG-Farben-Aktien. 1949, kurz nach der Gründung der Bundesrepublik, gründeten die alten IG-Farben-Aktionäre eine „Arbeitsgemeinschaft der Schutzvereinigungen für Wertpapierbesitz" und forderten, daß die Einzelfirmen des entflochtenen Konzerns wieder zu den drei großen alten IG-Farben-Kerngesellschaften verschmolzen würden.

Als erste Nachfolgegesellschaft wurden im Dezember 1951 die Farbwerke Hoechst in Frankfurt gegründet. Anfang 1952 folgten die Bayer AG in Leverkusen und die Badische Anilin- & Soda-Fabriken (BASF) in Ludwigshafen, und im Mai 1952 schließlich die Casella Farbwerke Mainkur AG in Frankfurt. Casella wurde später zu 75,59 Prozent von Hoechst übernommen. Damit war alles wieder nach dem alten IG-Farben-Muster geregelt. Die IG-Farben-Aktien wurden maßstabsgetreu auf die Neugründungen übertragen; die

vertragstreu umgesetzt.

Bereits am 23. Juli — noch während der Potsdamer Verhandlungen — wurden in der SBZ alle Banken und Sparkassen entschädigungslos enteignet. Am 25. Oktober beschlagnahmte die Landesverwaltung Sachsen den Besitz des Kriegsverbrechers Flick; ebenfalls Ende Oktober verfügte die sowjetische Militärverwaltung in den Befehlen Nr. 124 und Nr. 126 die Beschlagnahme und provisorische Übernahme des Eigentums des faschistischen Staates, der Nazi-Aktivisten und der NSDAP. Höhepunkt der Maßnahmen bildete der im Sommer 1946 durchgeführte Volksentscheid für die Enteignung der Nazi-Aktivisten und Kriegsverbrecher, an der sich über 93 Prozent der Bevölkerung der SBZ beteiligten. 77 Prozent davon stimmten für die Enteignung. Zug um Zug wurde in Ostdeutschland die Macht des Monopol- und Finanzkapitals zerschlagen.

Herzliches Verhältnis

Anders verlief die Sache in den Westzonen. Hier standen nicht



Die „Entflechtungspolitik" der imperialistischen Besatzungsmächte war ein Bluff. In Westdeutschland blieben die Besitzverhältnisse bestehen. Amelie Thyssen zum Beispiel behielt ihre gewaltigen Aktienpakete. 1960 überreichte ihr Bundeskanzler Adenauer das Große Bundesverdienstkreuz.

Die Ferguson-Kommission, die die amerikanischen Maßnahmen gegen die deutschen Trusts untersuchte, stellte im Jahr 1949 fest: Nur 61 von nahezu 500 Unternehmen, in denen selbst nach den milden Bestimmungen des im Frühjahr für die amerikanische Zone erlassenen Konzernentflechtungsgesetzes eine Untersuchung hätte stattfinden müssen, waren überprüft worden. Nur gegen eine verschwindend kleine Zahl war ein Verfahren eingeleitet worden, und nur in einem einzigen Fall hatte man konkrete Maßnahmen ergriffen. Das war das Ergebnis der nahezu vierjährigen Arbeit an der Entflechtung der Konzerne. Die Kommission stellte überdies fest, daß die laufenden Entflechtungsverfahren in einer Reihe von Fällen am 11. März 1948 auf persönliche Anweisung von Clay eingestellt worden waren, unter anderem auch bei Henschel, einer der größten deutschen Rüstungsfirmen.

Nach dem gleichen Prinzip wie in der amerikanischen wurde auch in der französischen und britischen Zone verfahren.

(Fortsetzung folgt)

822 Millionen Mark aus.

Ausländische Beteiligung

13 Prozent des Kapitals der IG Farben befand sich noch 1945 in ausländischen Händen. Es war vor allem bei Dupont Nemours in den USA, bei den Imperial Chemical Industries in England und bei Francolor in Frankreich zusammengefaßt. Mit vielen ausländischen Firmen hatte die IG Farben Kartellabmachungen abgeschlossen, so zum Beispiel mit der Standard Oil ein Abkommen über den Austausch aller wissenschaftlichen Forschungsergebnisse. Nach dieser Vereinbarung stellte die US-Firma Standard Oil der IG Farben das Geheimnis des Blei-Tetraäthyls zur Verfügung, ohne daß die Herstellung des Hochoktan-Flugzeugbenzins unmöglich war. Nach der Besetzung der Tschechoslowakei und während der Vorbereitung des Blitzkriegs gegen Polen lieferte die Standard Oil der IG Farben 500 Tonnen Blei, das in Deutschland fehlte und das zur Herstellung des genannten Flugbenzins nötig war. Die „Loyalität" amerikanischer Firmen ihren IG-Farben-Partnern gegenüber ging so weit, daß sie sogar noch nach dem Ausbruch des Weltkriegs 1939 die Kriegsanstrengungen der USA — und auch Englands — hemmten. Die US Aluminium Corporation verpflichtete sich in einem Ab-

Neugründungen übertragen; die Besitzverhältnisse blieben bestehen.

Entnazifizierung

1947 wurden 23 Direktoren der IG Farben in Nürnberg als Hauptkriegsverbrecher angeklagt. 13 von ihnen wurden verurteilt.

Dr. Heinrich Bütefisch, zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt, wurde in der später gegründeten Bundesrepublik Aufsichtsratsvorsitzender der Ruhrchemie AG Oberhausen. 1964 wurde er auf Vorschlag des Bundesverbandes der Deutschen Industrie mit dem Großen Verdienstkreuz der Bundesrepublik ausgezeichnet; auf Proteste hin wurde dies rückgängig gemacht.

Walther Dürrfeld und Otto Ambros, zu je acht Jahren Gefängnis verurteilt, wurden später Vorstands- bzw. Aufsichtsratsmitglieder der Scholven-Chemie-AG in Gelsenkirchen; sie gelangten in die Aufsichtsräte weiterer Firmen.

Ambros wurde ferner für US-Firmen, darunter Dow Chemical tätig.

Mitte der siebziger Jahre war jeder der neugegründeten Chemieriesen größer als die alte IG Farben. Während die IG Farben 1943 einen Umsatz von 3,1 Milliarden Mark gemacht hatte, erreichten BASF und Hoechst 1976 je 23 Milliarden und Bayer 20,8 Milliarden Mark. Mit neuen Firmenschildern blüht der alte Konzern.



Von den Städten aufs Land wurden Tausende Menschen verbannt und in regelrechte Arbeitslager gepfercht.

Der Sturz Pol Pots — Aufstand oder vietnamesische Aggression?

Die chinesischen Revisionisten haben die militärischen Aktionen Vietnams gegen das Pol-Pot-Regime in Kambodscha zum Vorwand genommen, um ihren Überfall auf Vietnam als „Gegenschlag" hinzustellen. Bei dem überwiegenden Teil der imperialistischen Regierungen fanden sie propagandistische und diplomatische Schützenhilfe. Es ist offenkundig, daß diese Argumentation dazu dienen soll, Vietnam als den eigentlichen Aggressor, als denjenigen, der zuerst angegriffen hat, hinzustellen und die chinesischen Sozialimperialisten, die über Vietnam hergefallen sind, vom Vorwand der Aggression gegen Vietnam freizusprechen.

Wer hat Verhandlungen über die Grenzfrage verhindert?

Ohne auf Einzelheiten einzugehen, ist klar, daß die Streitigkeiten und Unklarheiten über den Grenzverlauf zwischen Kambodscha und Vietnam eine Folge der langen Herrschaft von Kolonialismus und Imperialismus in dieser Region sind und keineswegs Ausdruck einer „Erbfeindschaft" zwischen dem kambodschanischen und dem vietnamesischen Volk, wie es die imperialistische Propaganda behauptet.

Wie hätten Kommunisten bzw. wirkliche Antiimperialisten diese Grenzfragen behandelt? Ihre erste Sorge hätte sein müssen, die im Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus geschmiedete Freundschaft zwischen den Völkern beider Länder nicht zu gefährden. Über die strittigen Fragen hätte im Geist der antiimperialisti- sprüche mit Vietnam immer weiter zu verschärfen.

Die vietnamesische Regierung hat ständig ihre Bereitschaft zu Verhandlungen ohne Vorbedingungen erklärt. Die Pol-Pot-Clique hat solche Verhandlungen ohne Vorbedingungen stets abgelehnt und verlangt, daß Vietnam als Vorbedingung für Verhandlungen die — von Kambodscha behaupteten, aber von Vietnam bestrittenen — Aggressionen gegen Kambodscha einstellen müsse. Diese von der Pol-Pot-Clique erhobene Forderung lief darauf hinaus, Verhandlungen abzulehnen; denn niemand konnte ernsthaft erwarten, daß Vietnam sich selbst der Aggression gegen Kambodscha bezichtigen würde.

Interessant ist in diesem Zu-

tionären aber bereit war. Nach kambodschanischer Darstellung kam es noch 1977 zu einer Reihe militärischer Aggressionen der thailändischen Reaktionäre gegen Kambodscha. Es gab wortgewaltige Stellungnahmen der damaligen kambodschanischen Regierung gegen die „thailändischen Faschisten". Trotzdem nahm die Pol-Pot-Clique kurz darauf Verhandlungen mit der thailändischen Regierung über Grenzfragen auf, ohne daß die thailändische Regierung auch nur im entferntesten zugegeben hätte, Aggressionen gegen Kambodscha verübt zu haben. Welche Schlußfolgerungen soll man daraus ziehen, daß die Pol-Pot-Clique gegenüber dem reaktionären, offen proimperialistischen thailändischen Regime mehr Verständigungsbereitschaft an den Tag legte als gegenüber Vietnam? Dafür gibt es nur eine plausible Erklärung: Die Pol-Pot-Clique wollte sich durch die Verständigung mit den thailändischen Reaktionä-

spricht von der Kommunistischen Partei Indochinas, den vietnamesischen Kommunisten, damit auch von der Politik der Kommunistischen Internationale in Indochina. Er beschimpft nicht nur Ho Chi Minh, sondern viele Tausende vietnamesischer Kommunisten als Feinde des kambodschanischen Volkes, die im Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus ihr Leben gaben und zwar nicht nur für die Freiheit des vietnamesischen, sondern auch für die des kambodschanischen Volkes.

Die kambodschanischen Führer haben sich früher sehr wohl anders über das Verhältnis zwischen dem kambodschanischen und dem vietnamesischen Volk geäußert. Auf der Konferenz der indochinesischen Völker im April 1970 erklärte Norodom Sihanouk als Vertreter der kambodschanischen Delegation beispielsweise:

„Schließlich wird unsere Konferenz zeigen, daß die Völker Kambodschas, Laos und Vietnams die am meisten vereinten in der Welt sind..."

1970 gehörten Vietnam und Kambodscha also nach Ansicht der ehemaligen kambodschanischen Führung zu den „am meisten vereinten Völkern in der Welt", und wenige Jahre später wird Vietnam als jahrzehntelanger Erzfeind Kambodschas hingestellt. Wie läßt sich dieser Sinneswandel erklären? Muß man nicht feststellen, daß die Pol-Pot-Clique mit allen Mitteln der Lüge und der Geschichtsfälschung versucht hat, die in Jahrzehnten des gemeinsamen Kampfes gegen Kolonialismus und Imperialismus geschmiedete Freundschaft zwischen dem kambodschanischen und dem vietnamesischen Volk zu zerstören, im kambodschanischen Volk chauvinistische Gefühle der Feindschaft gegen Vietnam zu erzeugen, ein Klima zu schaffen, in dem Verhandlungen über eine friedliche Beilegung der Streitigkeiten unmöglich wurden?

Berichte, die von kambodschanischer und vietnamesischer Seite über Grenzzwischenfälle veröffentlicht wurden, machen ebenfalls sehr deutlich, welche Seite es vor allem darauf anlegte, die Auffassung und den Eindruck zu erzeugen, es herrsche bereits offener Krieg. Natürlich wissen wir nicht im einzelnen, wie es zu diesen Grenzzwischenfällen gekommen ist, aber wir wissen, daß es die kambodschanische Führung war, die ihre Stellungnahmen zu diesen Zwischenfällen als Frontberichte aufzog mit triumphierenden Meldungen über die dem Feind

sische Parteivorsitzende Wang Tung-hsing und der stellvertretende Ministerpräsident Yü Tschi-li bei ihrem Besuch in Kambodscha dem Pol-Pot-Regime „unbegrenzte materielle Hilfe gegen die vietnamesische und sowjetische Aggression".

Die chinesischen Revisionisten wollten und wollen die vietnamesische Führung zwingen, nach ihrer Pfeife zu tanzen und alle Beziehungen zu den sowjetischen Sozialimperialisten abzubrechen. Natürlich wäre es für das vietnamesische Volk und die vietnamesische Revolution ein großer Fortschritt, wenn die vietnamesische Führung ihre Zusammenarbeit mit den Sowjetrevisionisten aufgeben würde. Doch darum geht es nicht. Es geht darum, daß die chinesischen Sozialimperialisten Vietnam unter ihren Einfluß zwingen wollen. Dazu ist ihnen offenkundig jedes politische, wirtschaftliche und militärische Druckmittel recht. Die Vietnam-feindliche Hetze und Politik des Pol-Pot-Regimes steigerte sich in dem Maße, in dem auch Peking die Aggressionsakte gegen Vietnam verstärkte. Die chinesischen Revisionisten benutzten das Pol-Pot-Regime, um Vietnam von zwei Seiten in die Zange zu nehmen.

Diese Tatsachen zeigen, daß die Dinge im kambodschanisch-vietnamesischen Konflikt keineswegs so liegen, daß Kambodscha der Überfallene und Vietnam der Angreifer ist; denn Pol Pot und seine Clique haben massive Kriegshetze betrieben, zahlreiche Provokationen gegen Vietnam verübt und als Speerspitze der chinesischen Aggression gegen Vietnam den Konflikt immer weiter verschärft.

Wer stürzte das Pol-Pot-Regime?

Die Frage, wer das Pol-Pot-Regime stürzte, scheint eindeutig beantwortet: Vietnamesische Truppen eroberten in einer Art Blitzkrieg den Großteil Kambodschas einschließlich der Hauptstadt Phnom Penh, Pol Pot und die geringe Zahl seiner Anhänger flohen in unwegsame Dschungelregionen im kambodschanisch-thailändischen Grenzgebiet, die Vietnamesen bildeten aus kambodschanischen Kollaborateuren eine Marionettenregierung. So stellt die bürgerliche Presse die Sache dar. So einfach scheint es mir aber nicht zu sein.

Es ist nicht zu bezweifeln, daß für den Zeitpunkt, das heißt für den so **schnellen** Sturz des Pol-Pot-Regimes das militärische Eingreifen Vietnams den Ausschlag gegeben hat. Ich bezweifle allerdings, daß man den Sturz des Pol-Pot-Regimes ausschließlich als das Ergebnis des militärischen Eingreifens Vietnams erklären kann.

Zum Zeitpunkt seines Sturzes verfügte das Pol-Pot-Regime offenkundig bereits über keine nennenswerte Basis mehr. Den bewaffneten Kräften der Nationalen Einheitsfront Kambodschas für Nationale Rettung (FUNKSN) und den vietnamesischen Truppen hatte das Pol-Pot-Regime praktisch nichts entgegenzusetzen, und binnen weniger Tage brach es zusammen. Das ist eine Tatsache, und man kann sie nicht erklären ohne einen starken inneren, kambodschanischen Widerstand gegen das Terror-regime.

- faktische Enteignung der gesamten Bauernschaft.

Es ist nicht der Zweck dieses Artikels, sich vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus aus theoretisch mit dieser Politik auseinanderzusetzen. Es bedarf auch keiner theoretischen Debatte, um zu erkennen, daß diese Politik nicht nur unmarxistisch, sondern verbrecherisch ist, daß sie nur mit faschistischem Terror gegen die Volksmassen durchgesetzt werden konnte.

Über den Widerstand der Volksmassen gegen das Terrorregime Pol Pots gibt es nur wenige brauchbare Informationen. Aus den Stellungnahmen der ehemaligen kambodschanischen Führung selbst geht hervor, daß in verschiedenen Gebieten des Landes bewaffnete Auseinandersetzungen stattfanden.

Die Clique um Pol Pot und Ieng Sary meldete außerdem mehrere gescheiterte Putschversuche. Alle diese angeblichen Putschversuche werden als von Vietnam gesteuert hingestellt. Die Beweise für diese angebliche vietnamesische Regie sind abenteuerlich bis absurd. So sollen sich laut regierungsamtlicher kambodschanischer Darstellung zur Vorbereitung eines gescheiterten Umsturzversuchs im Mai 1978 sechs Kandidaten des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Vietnams an einer kambodschanischen Nationalstraße herumgetrieben haben.

Im übrigen überraschte die Pol-Pot-Clique bei derartigen Gelegenheiten die Weltöffent-

zwischen den Völkern beider Länder nicht zu gefährden. Über die strittigen Fragen hätte im Geist der antiimperialistischen Solidarität gesprochen und verhandelt werden müssen. Zu den Plänen der Imperialisten, sich Indochina wieder zu unterwerfen, gehört es, die siegreichen Brudervölker gegeneinander zu hetzen. Die wirklich antiimperialistischen und patriotischen Kräfte der Völker Indochinas hätten darum bei der Behandlung der Grenzfragen alles vermeiden müssen, was geeignet gewesen wäre, nationalistische und chauvinistische Gefühle zwischen den Völkern zu entfachen.

Wir können nicht in die Köpfe der vietnamesischen Führung sehen und deshalb nicht beurteilen, ob die vietnamesische Führung bereit war, diesen Weg der Beilegung der Grenzstreitigkeiten zu gehen. Aber wir können die offiziellen Erklärungen und Stellungnahmen der vietnamesischen und kambodschanischen Seite untersuchen und feststellen, daß die Pol-Pot-Clique jedenfalls von Anfang an versucht hat, einen solchen Weg unmöglich zu machen und die Wider-

gegen Kambodscha bezichtigen würde.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß die Clique um Pol Pot und Ieng Sary zwar Verhandlungen mit Vietnam faktisch ablehnte, zu Verhandlungen ohne jede Vorbedingung mit den thailändischen Reak-

es nur eine plausible Erklärung: Die Pol-Pot-Clique wollte sich durch die Verständigung mit den thailändischen Reaktionären den Rücken freimachen für den Konflikt mit Vietnam, den sie — aus Gründen, über die noch zu reden sein wird — keineswegs beilegen, sondern weiter verschärfen wollte.

Erbfeindschaft zwischen beiden Völkern?

Die Pol-Pot-Clique versuchte planmäßig, den Grenzkonflikt mit Vietnam auszuweiten. Das läßt sich auch ohne genaue Kenntnisse der Vorgänge im Grenzgebiet feststellen. Immer mehr gingen die Machthaber in Phnom Penh dazu über, von den Grenzfragen, die durch Verhandlungen hätten gelöst werden können, abzulenken und Vietnam stattdessen zu beschuldigen, es führe einen Krieg zur Eroberung Kambodschas — natürlich nicht ohne großsprecherisch zu erklären, man werde die angebliche vietnamesische Aggression mit Waffengewalt zurückschlagen. Damit erklärte das Pol-Pot-Regime die militärische Auseinandersetzung faktisch für unvermeidlich und Verhandlungen für sinnlos.

Pol Pot und seine Clique haben dabei systematisch versucht, chauvinistische, nationalistische und antivietnamesische Vorurteile zu mobilisieren. Der angebliche Kommunist Pol Pot schreckte nicht einmal davor zurück, die vietnamesischen Kommunisten zum Hauptfeind des kambodschanischen Volkes zu erklären. So erklärte Pol Pot im April 1978:

„Vietnam gibt seinen Plan einer ‚Indochina-Föderation' nicht auf. Seit 1930 hat es systematisch danach gestrebt, dieses Ziel zu erreichen (...)" (vgl. KVZ, 15. 1. 1979).

Wohlgemerkt: Pol Pot

nahmen zu diesen Zwischenfällen als Frontberichte aufzog mit triumphierenden Meldungen über die dem Feind stets zugefügten Verluste. Es war auch die Pol-Pot-Clique, die Meldungen über Siege verbreiten ließ, die die kambodschanischen Streitkräfte auf unstrittig **vietnamesischem** Territorium errungen haben sollen.

Man könnte auf die Idee kommen, daß die kambodschanischen Führer jeden Sinn für die Realität verloren haben müssen, als sie den abenteuerlichen und provokatorischen Kurs gegen Vietnam einschlugen. Aber man darf nicht vergessen, daß die Machthaber in Phnom Penh auf die Unterstützung durch die chinesischen Sozialimperialisten bauten.

Die chinesischen Revisionisten haben ihrerseits nicht nur nichts getan, um Verhandlungen zwischen der kambodschanischen und der vietnamesischen Regierung zu ermöglichen, sondern im Gegenteil den provokatorischen Kurs der Pol-Pot-Clique voll und ganz unterstützt und die Machthaber in Phnom Penh immer weiter angestachelt. So versprachen im November 1978 beispielsweise der stellvertretende chine-

inneren, kambodschanischen Widerstand gegen das Terrorregime.

Unsere Partei verfügt kaum über zuverlässige Informationen über die innere Lage im sogenannten Demokratischen Kampuchea unter der Herrschaft der Pol-Pot-Clique. Trotzdem muß man keineswegs auf die Berichte in der bürgerlichen Presse zurückgreifen, um zumindest ein ungefähres Bild vom Charakter des Regimes zu gewinnen, um zu erkennen, daß die Politik der ehemaligen kambodschanischen Machthaber gesetzmäßig nicht nur die Arbeiterklasse, sondern die breiten Massen des kambodschanischen Volkes gegen das Regime aufbringen mußte. Aus den offiziellen Dokumenten des Regimes werden folgende wesentliche Elemente seiner Politik erkennbar:

- Vertreibung der Bevölkerung aus den Städten zur landwirtschaftlichen Produktion in die ländlichen Gebiete;
- damit verbunden die faktische Zerschlagung der kambodschanischen Arbeiterklasse in den Städten;
- die Zerschlagung der Intelligenz;

haben.

Im übrigen überraschte die Pol-Pot-Clique bei derartigen Gelegenheiten die Weltöffentlichkeit stets mit der Enthüllung, daß Vietnam seine finsteren Ränke gegen Kambodscha mit dem amerikanischen Geheimdienst CIA absprechen würde.

Derartige Absurditäten lassen die Glaubwürdigkeit der kambodschanischen Stellungnahmen auf den Nullpunkt sinken. Es ist mehr als wahrscheinlich, daß vietnamesische Umtriebe immer dann herhalten mußten, wenn das Pol-Pot-Regime zu Aktionen des **kambodschanischen** Widerstandes Erklärungen abzugeben hatte.

Der bereits erwähnte Umsturzversuch im Mai 1978, der durch Verrat gescheitert sein soll, ist dabei von besonderem Interesse. Sein Zentrum war die Ostregion Kambodschas. An seiner Spitze stand Heng Samrin, der jetzige Führer der FUNKSN. Heng Samrin ist nämlich keineswegs ein politischer Niemand, den die Vietnamesen plötzlich aus dem Hut gezogen haben. Er war Mitglied des Exekutivkomitees der Kommunistischen Partei Kambodschas für die Ostregionen sowie

politischer Kommissar und Kommandeur der 4. Division der kambodschanischen Streitkräfte.

Nach dem von ihm geführten gescheiterten Umsturzversuch konnte Heng Samrin nach Vietnam fliehen. In Vietnam befanden sich zum damaligen Zeitpunkt bereits mindestens 100000 kambodschanische Flüchtlinge. Was für Flüchtlinge werden das gewesen sein? Aus dem Kambodscha Pol Pots gab es im wesentlichen zwei Flüchtlingsströme: einen größeren in Richtung Thailand und einen in Richtung Vietnam. Sicher waren auch die Flüchtlinge nach Thailand in ihrer Mehrheit einfache Menschen, die der Not und dem Terror unter dem Regime Pol Pots zu entrinnen suchten. Aber zweifellos gab es unter diesen Flüchtlingen nach Thailand auch eine größere Zahl ausgesprochen reaktionärer Elemente, Angehörige der besitzenden und ehemals herrschenden Klassen, nationale Verräter und Handlanger des Imperialismus. Solche Reaktionäre dürften aus begreiflichen Gründen kaum nach Vietnam geflohen sein. Dagegen ist wahrscheinlich, daß unter den Kambodschanern, die nach Vietnam flüchteten, ehemalige Kämpfer der Kommunistischen Partei Kambodschas, der Nationalen Einheitsfront Kambodschas und der Roten Khmer verhältnismäßig stark vertreten waren.

Offensichtlich gelang es Heng Samrin und anderen Führern des kambodschanischen Widerstands, unter den kambodschanischen Flüchtlingen in Vietnam beträchtliche Kräfte für den Guerillakampf gegen das Pol-Pot-Regime zu organisieren. Schätzungen sprechen von 20000 bis 25000 Kämpfern.

Diese Tatsachen zeigen, daß es nicht richtig ist, den Sturz der Pol-Pot-Clique ausschließlich als Ergebnis des militärischen Eingreifens Vietnams zu sehen und die Bedeutung des Kampfes des kambodschanischen Volkes vollständig zu leugnen. Es gab einen organisierten und schlagkräftigen kambodschanischen Widerstand, der das Regime schon mehrmals in Bedrängnis gebracht hatte. Zweifellos war er schon sehr breit, als die FUNKSN am 4. Dezember gegründet wurde.

Wenn es der Plan der vietnamesischen Führung gewesen wäre, in Kambodscha einzumarschieren und die Pol-Pot-Clique zum Teufel zu jagen, hätte sie das mit großer Aussicht auf militärischen Erfolg schon wesentlich früher tun können. Aber, wie wir gesehen haben, war es nicht die vietnamesische Führung, die den Konflikt um jeden Preis verschärfte und auf die militärische Konfrontation hinarbeitete.

Eine „nackte" vietnamesische Aggression hat es nach den uns zugänglichen Informationen nicht gegeben. Der kambodschanische Widerstand hatte den Angriff auf das Pol-Pot-Regime eröffnet. Die vietnamesische Führung nutzte aus ihrer Sicht die Gunst der Stunde, setzte Truppen und Panzer zur Unterstützung der bewaffneten kambodschanischen Kräfte in Marsch, um den Sieg der FUNKSN und den Sturz Pol Pots sicherzustellen. Möglich und wahrscheinlich, daß das nicht aus reiner Uneigennützigkeit geschah. Natürlich war Vietnam stark am Sturz Pol Pots interessiert. Aber der Sturz Pol Pots lag vor allem im Interesse des kambodschanischen Volkes, und kambodschanische Revolutionäre haben entschlossen dafür gekämpft.

War Vietnams Eingreifen gerecht?

Wäre Vietnam ein Staat der Diktatur des Proletariats, stünden an seiner Spitze wirkliche Marxisten-Leninisten, wäre diese Frage nicht so ohne weiteres zu beantworten. Zwar lehrt der Marxismus-Leninismus, daß die Revolution nicht exportiert werden kann. Doch in Kambodscha gab es eine Rebellion gegen das Regime, die nicht nur bereits über relativ große Gefahr gebracht. Die gleichen Gefahren zeichnen sich nun durch das Eingreifen Vietnams für die kambodschanische Revolution ab.

Unsere Partei hätte es begrüßt, wenn das kambodschanische Volk sich völlig aus eigener Kraft, ohne vietnamesische Einmischung des Pol-Pot-Regimes entledigt hätte. Möglich, daß es dann nicht so

Kommunistische Partei Portugals (Wiederaufgebaut)

„Der Parteitag ist Gesetz für die Partei"

Zur Vorbereitung des III. Parteitages

Das Zentralorgan der KPP[W], „Bandeira Vermelha", veröffentlichte aus Anlaß der Vorbereitung des III. Parteitages der KPP[W] ein Interview mit den Genossen Eduardo Pires und Manuel Monteiro, Mitglieder des Zentralkomitees der Partei.

Nachdem die Genossen auf die zentrale Bedeutung des Parteitags für jede bolschewistische Partei eingegangen sind, würdigen sie die Aktivität, die die Parteiorganisationen bei der Vorbereitung des 3. Parteitags entfaltet haben. Ferner gehen sie auf die Notwendigkeit ein, die revolutionäre Linie des 2. Parteitages zu verteidigen. Genosse **Manuel Monteiro** führte unter anderem aus:

„Welche Ziele sollen erreicht werden? Erstens: Welche Fehler haben wir gemacht, was ist ihre Ursache und wie haben sie das Vorankommen der Partei beeinträchtigt. Zweitens: Welche Vorstellungen sind falsch und müssen zurückgewiesen werden. So wird die Partei noch geschlossener werden, wird zu einem wahren Führungsstab des revolutionären Proletariats werden. So wird ihre Politik, ihre Organisiertheit, ihre Ideologie und Disziplin konsolidiert werden. Keine Schwankungen bei der Umsetzung der politischen Linie zuzulassen, das ist das ein und alles für die ganze Partei."

Zur Parteiarbeit unter den werktätigen Massen führt der Genosse aus: „Es gibt die Tendenz, die breite Frontarbeit, die Arbeit in der Volksfront der Massen aufzugeben. Nach den Erfolgen der MUP (Gewerkschaftsorganisation) und anderer ist einer gewissen Tendenz der Blick verstellt, und sie behauptet, es lohne sich nicht, daß die Partei in der UDP (Demokratische Volksunion) politisch arbeitet. Es lohne sich nicht, daß sie eine Bündnispolitik mit anderen Kräften in einer angesehenen politischen Massenorganisation wie der UDP betreibt. Dieses Herangehen ist durch und durch falsch, und die Beschlüsse der Nationalen Konferenz der Partei stellen das Gegenteil fest: Unsere Mitglieder müssen in der UDP ihre Aktivität in Einheit mit anderen antifaschistischen, revolutionären politischen Kräften entfalten. In diesem Sinne äußert sich auch der Resolutionsentwurf des 3. Parteitages: politisches Handeln unter den breiten Massen in selbständiger Weise und keineswegs beschränkt auf die Gewerkschaftsarbeit."

„Bandeira Vermelha": „Wie stellt sich die Frage des Kampfes gegen den Revisionismus?"

Eduardo Pires: „Es ist eine Tatsache, daß der Kampf gegen den Revisionismus kompliziert ist und die Siege nicht leicht sind. Unsere Partei muß viel aus den begangenen Fehlern lernen — sei es den Fehlern des Sektierertums, sei es den Fehlern des Versöhnlertums. Doch bei dem Problem des Kampfes gegen den Revisionismus gibt es zwei völlig entgegengesetzte Wege: Der eine besteht darin, vor ihm zurückzuweichen, indem man entweder offen sagt, man könne nichts tun, er sei eine unbezwingbare Kraft, oder indem man unsere revolutionären Fahnen und Losungen fallen läßt, unsere politische Selbständigkeit aufgibt und als ‚Alternative' vorschlägt, wir müßten uns dem Strom der Revisionisten als der stärkeren Kraft anschließen, womit wir uns natürlich überhaupt nicht mit den Massen verbinden.

Die andere politische Haltung unterscheidet sich davon grundlegend. Sie geht von einer selbständigen politischen Position, von einer eigenen Taktik aus, zu den Massen zu gehen und die Revisionisten im Kampf der Massen zu entlarven, doch stets ausgehend von einer selbständigen politischen Position. Das ist die Haltung, die das Zentralkomitee einnimmt."

Dann gehen die Genossen auf die Notwendigkeit ein, die soziale Zusammensetzung der Partei weiter zu verbessern, die Partei insbesondere in Großbetrieben, im Dorf und in der Provinz zu verstärken. Genosse **Manuel Monteiro** nimmt im folgenden zur Frage der Parteidisziplin Stellung:

„Was auf einem Parteitag verabschiedet wird, ist gültig für die ganze Partei. Bei der Annahme und Umsetzung der Beschlüsse darf es keinen Widerspruch geben. Wir sind eine Partei der Revolution; wir praktizieren eine breite innere Demokratie, aber wir können nicht eine Hemmung des revolutionären Weges oder ein Abweichen der Partei von ihren Geleisen zulassen. Wir müssen gegen die Überreste des Zirkelgeistes und sein den Interessen des Proletariats schädliches Wiederaufleben kämpfen.

Das Problem der Einheit innerhalb der Partei ist ein Schlüsselproblem. Der Parteitag ist Gesetz für die Partei, und nach dem Parteitag müssen sich alle Mitglieder einsetzen, um seine Beschlüsse ohne Schwanken umzusetzen. Es ist klar, daß die Partei nicht in der Lage wäre, eine revolutionäre Linie anzuwenden, wenn sie nach dem Parteitag nicht geschlossen wie ein Mann wäre. Die Einheit des Denkens und Handelns ist die größte Errungenschaft einer kommunistischen Partei. Ohne Einheit des Denkens und Handelns ist es unmöglich, das Volk in irgendeiner Aktion gegen seine Feinde zu führen."



„Ohne Einheit des Denkens und Handelns ist es unmöglich, das Volk in irgendeiner Aktion gegen seine Feinde zu führen."

Abschließend stellt Genosse **Eduardo Pires** die Haltung der KPP (W) gegenüber China dar:

„China ist gegen die Revolution. Wir müssen den Ursprung dieser Entwicklung kennenlernen und, indem wir dies tun, vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus aus die sogenannten Mao-Tse-tung-Ideen und ihre Verantwortung für die Entwicklung in China kritisieren. Es versteht sich, daß in diesem Prozeß viele Genossen schwankende Ansichten haben. Doch die konkrete Haltung zu diesem Problem, die einzig revolutionäre Haltung besteht darin, die Ursachen für diese Entwicklung in China zu verstehen, die ihr zugrundeliegenden Ideen zu bekämpfen und entsprechend unseren Möglichkeiten uns mit dem Marxismus-Leninismus zu wappnen, um die revolutionären Aufgaben weiterzuführen.

Wir müssen unsere Waffen im Kampf gegen den Revisionismus schärfen. Der Kampf gegen den Revisionismus ist noch nicht zu Ende. Eben auf dem Weg der Kritik der konterrevolutionären Positionen werden im Prozeß der Weltrevolution die marxistisch-leninistischen Überzeugungen entstehen, und werden wir unsere Reihen festigen."

Des weiteren wies Genosse Eduardo Pires auf die Pflicht der KPP (W) hin, zur Entwicklung und Verstärkung der Geschlossenheit der internationalen kommunistischen Bewegung beizutragen.

Reiche Braunkohlevorkommen

In Kambodscha gab es eine Rebellion gegen das Regime, die nicht nur bereits über relativ starke bewaffnete Kräfte verfügte, sondern ohne Zweifel auch auf starke Sympathie und Unterstützung im kambodschanischen Volk stieß; denn das Pol-Pot-Regime war, wie die Ereignisse gezeigt haben, bereits weitgehend isoliert. Die Unterstützung einer solchen Bewegung — auch die militärische Unterstützung — durch einen proletarischen Staat kann auf der Grundlage des proletarischen Internationalismus durchaus gerechtfertigt sein.

Doch in bezug auf das militärische Eingreifen Vietnams in Kambodscha stellt sich die Frage so nicht. Die gegenwärtige vietnamesische Führung ist keineswegs konsequent antiimperialistisch, und ihre Politik ist erst recht nicht marxistisch-leninistisch, sondern in vielen Fragen opportunistisch. Die vietnamesische Führung ist zwar kein Marionettenregime Moskaus, aber sie leistet durch ihre opportunistische Politik den Expansionsbestrebungen des sowjetischen Sozialimperialismus, der in Rivalität mit dem USA-Imperialismus und dem chinesischen Sozialimperialismus um die Vorherrschaft in Südostasien ringt, Vorschub. Die opportunistischen Positionen der vietnamesischen Führung haben Vietnam und die vietnamesische Revolution in

Einmischung des Pol-Pot-Regimes entledigt hätte. Möglich, daß es dann nicht so schnell zum Sturz der Terrordiktatur gekommen wäre, doch das kambodschanische Volk hätte zweifellos den Sieg davongetragen. Das wäre eine bessere Ausgangssituation für den Aufbau des neuen Kambodscha gewesen, als sie jetzt vorliegt.

Durch die vietnamesische Einmischung wurden sicher die nationalen Gefühle zumindest von Teilen des kambodschanischen Volkes verletzt, wurde die Gefahr des sowjetischen Eindringens in Kambodscha erhöht. Damit spekulieren nun die Pol-Pot-Clique und andere kambodschanische Reaktionäre, damit spekulieren auch die chinesischen Revisionisten, die bereits weitgehend abgewirtschaftet hatten, erhalten so durch die vietnamesische Einmischung eine relativ große politische Manövrierfähigkeit zurück.

Die weitere Entwicklung in Kambodscha hängt natürlich von dem Kurs ab, den die neue kambodschanische Führung einschlagen wird. Es ist noch zu früh, um sie einzuschätzen. Es wäre falsch, sie von vornherein als prosowjetisch oder revisionistisch abzustempeln. Man wird sehen, welche Politik sie im Innern des Landes und auf internationaler Ebene verfolgt.

Reiche Braunkohlevorkommen

Westdeutsches Kapital in Neuseeland

„People's Voice" (Stimme des Volkes), die Zeitung der Kommunistischen Partei Neuseelands, veröffentlichte im März dieses Jahres zwei Artikel über den wachsenden Einfluß des westdeutschen Imperialismus in Neuseeland. Gleichzeitig wird die eigene Bourgeoisie und ihre Regierung angeprangert, weil sie keinerlei Schritte unternehmen, die Unabhängigkeit Neuseelands zu verteidigen, sondern es Stück für Stück an das internationale Kapital verkaufen. Es folgen Auszüge:

„Bereits heute ist ein beträchtlicher Teil des westdeutschen Kapitals in Neuseeland investiert, und das Eindringen der westdeutschen Monopole geht seit dem Besuch von Bundespräsident Scheel im Oktober des letzten Jahres verstärkt weiter. Gegenwärtig (im März 1979, Red.) hält sich eine Abordnung des BDI (Bund Deutscher Industrieller, Red.) in unserem Land auf, die sicher nicht zum Vergnügen gekommen ist.

Neuseeland ist ein schmackhafter Bissen für ausländische Profitgeier. Es verfügt über viele bedeutende Bodenschätze, und die Löhne bewegen sich am unteren Ende der Lohnskala der kapitalistischen Länder. Erst kürzlich mußte Neuseeland einen Kredit von über einer Milliarde Mark aufnehmen, um die Zahlungsbilanz ausgleichen zu können. Früher war dieses Geld aus England gekommen.

(...) **Es ist die erklärte Politik unserer Regierung, Investitionen aus Übersee anzulocken und zu fördern. Das Ergebnis ist, daß unser Land Stück für Stück an jeden verkauft wird, wenn er nur mit Dollars, Pfundnoten, Yen oder Markscheinen wedelt.**" (Hervorhebung von uns, Red.).

„People's Voice" geht dann darauf ein, daß die westdeutschen Imperialisten unter dem Deckmantel der Zusammenarbeit mit Neuseeland die am Meeresboden liegenden Phosphorvorkommen unter ihre Kontrolle bekommen wollen. Außerdem sind sie stark an der Ausbeutung der neuseeländischen Fischgründe interessiert.



Die neuseeländische Bourgeoisie verkauft das Land Stück für Stück an das internationale Kapital.

Weiter zeigt die Zeitung *„People's Voice"* auf, daß die westdeutschen Monopole angesichts der Ölverteuerung an den neuseeländischen Braunkohlevorkommen interessiert sind.

„Es ist unvermeidlich und völlig korrekt, daß angesichts der Begrenztheit der Ölvorräte Vorkommen wie die neuseeländische Braunkohle erschlossen werden. Unglücklicherweise bringt uns unsere Gesellschaftsordnung in eine Situation, wo uns der Besitz eines solchen Aktivpostens automatisch in die Position der wirtschaftlichen Abhängigkeit bringt und unser Land in eine Art Kolonie verwandelt. (...)

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Neuseelands liegen darin begründet, daß unter dem herrschenden kapitalistischen System keine größere nationale Ölindustrie entwickelt wird, die auf der Hydrierung (Umwandlung in Öl, Red.) der einheimischen Kohle beruht. Stattdessen übernehmen die westdeutschen Monopole die Kosten und bauen bei uns die entsprechenden Anlagen. Das führt dazu, daß neuseeländische Hauer die den westdeutschen Monopolen gehörenden Raffinerien mit Kohle versorgen, während sich die westdeutschen Imperialisten an der Arbeit der neuseeländischen Werktätigen bereichern."

III. Internationales Jugendlager

Auf nach Spanien

Kommt vom 3. bis zum 11. August nach Valencia in Spanien zum III. Internationalen Jugendlager!

Anfang August treffen sich in El Saler, 7 Kilometer südlich von Valencia, fortschrittliche, sozialistische, antifaschistische und antiimperialistische Jugendliche aus der ganzen Welt. Eingeladen sind Jugendverbände und Organisationen aus: Portugal, Spanien, Frankreich, Italien, Deutschland, Griechenland, Albanien, Dänemark, Britannien, der Türkei, dem Iran, Afghanistan, Japan, Chile, Brasilien, USA, Kanada, Tunesien, Angola, der Sahara und, und, und. Nach Südfrankreich 1977, Ferrel (Portugal) 1978, wird in diesem Jahr in Valencia das III. Internationale Jugendlager stattfinden, das ausgehend von der Initiative mehrerer kommunistischer Jugendverbände organisiert wird.

Acht Tage warten in Valencia auf dich. Acht Tage, in denen DU auf einem riesigen Zeltlager mit Jugendlichen aus der ganzen Welt deine Freizeit verbringen kannst. Acht Tage, in denen du Spanien kennenlernen kannst. Und acht Tage, in denen der Kampf der Jugend der ganzen Welt für ihre dringendsten Forderungen und Interessen im Mittelpunkt steht.

Das wird geboten

• Diskussionen über die Lage und den Kampf der Jugend in den verschiedenen Ländern, Je-

Das III. Internationale Jugendlager — vom 3. bis 11. August — findet 7 Kilometer südlich von Valencia, in El Saler, direkt am Mittelmeer statt. Auf dem Lagergelände befinden sich neben einer Arena verschiedene Wirtschaftsgebäude, sanitäre Anlagen, Duschen. Die Teilnehmergebühr für die deutschen Teilnehmer beträgt 1 500 Pesetas (ca. 40 Mark). In der Teilnehmergebühr ist nur die Teilnahme am Lager enthalten. Anmeldung und Zahlung der Teilnehmergebühr erst bei der Rezeption im Lager. Auskünfte über Reisemöglichkeiten und weitere Informationen beim Sekretariat der Roten Garde, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30, Tel.: 0231/433691 u. 433692.

Paris
Le Mans
Orléans
Freiburg
Be
Lyon
La Coruna
Santander
Toulouse
Avignon
Nimes
Porto
Burgos
Marseille
Cannes
Valladolid
Zaragoza
Madrid
Barcelona
Lissabon
Valencia
Sevilla
Granada
Cadiz
Malaga



Aufruf zum III. Internationalen Jugendzeltlager!

Kommt zum III. Internationalen Jugendlager nach El Saler in Spanien! Nach Südfrankreich 1977 und Portugal 1978 wird El Saler in Spanien 1979 vom 3.

Kinder und Massenmedien

Vergewaltigung mittels Bildschirm

Das Ausmaß der geistigen und seelischen Zerstörungen an Kindern durch Massenmedien in kapitalistischen Ländern wie der Bundesrepublik oder den USA ist enorm. Doch kaum ein Staatsanwalt schreitet da ein. Die Medienverantwortlichen betreiben ihr lukratives Geschäft mit Duldung, meist mit Förderung des Staats.

Mit den größten Einfluß unter den Massenmedien auf Kinder übt zweifellos das Fernsehen aus. — In der Bundesrepublik fallen in einer Fernsehwoche etwa 80 Leichen an. In den USA sind es pro Fernsehstunde rund 10. Bis zum 14. Lebensjahr kann ein amerikanisches Kind — vorausgesetzt es konsumiert alle Filme — 190 000 Fernsehmorde miterleben.

Derartige Eindrücke wirken sich auf Kinder besonders verheerend aus, da sie wegen mangelnder Lebenserfahrung das Fernseherlebnis leicht mit der Wirklichkeit identifizieren. Die Häufung von Gewalttaten auf der Mattscheibe wird als Realität genommen; das Kind stellt sich darauf ein, Opfer oder Täter zu sein. Besonders neigt es zu letzterem, da die Gewalt in den Filmen meist verherrlicht, als positiv dargestellt wird. Kindern und Jugendlichen Sprachverarmung, aggressive Reaktionen, brutales Spielverhalten usw. festgestellt.

Die Comics propagieren fast ausschließlich konservative Werte. Die Helden handeln stets im Sinne imperialistischen Gesetz- und Ordnungsdenkens. Das trifft auch für die Sheriffs, Detektive, Polizeikommissare, Supermänner und andere Gestalten der Filme zu. Kampf ums Überleben, Durchsetzung des jeweils Stärkeren mittels Ellenbogen, mittels Fäusten, Messern, Pistolen, mittels Methoden von ausgesuchter Brutalität — das ist die Ideologie, die die kapitalistische Gesellschaft, deren Bewegungsgesetz die Konkurrenz ist, den Kindern und Jugendlichen einzupflanzen sucht. Dies wirkt umso mehr, als im Gefolge der anwachsenden Krise einer immer größeren Zahl





Samstag, 2. Juni, 20.15 Uhr, WDR III
Grundausbildung. Dokumentarfilm von Frederick Wiseman, USA 1971. Der Film zeigt die Rekrutenausbildung in Fort Knox/Kentucky. Offiziere und Unteroffiziere drillen die „Neuen" auf den Umgang mit Bomben, Minen, Gewehren und Bajonetten, erziehen sie zu unbedingtem Gehorsam, zu willfährigen Instrumenten der imperialistischen Armee.

+ + +

Sonntag, 3. Juni, 22.40 Uhr, Hessen III
Die Marseillaisse. Wie in einer Wochenschaumontage läßt der französische Regisseur Jean Renoir die Ereignisse der französischen Revolution am Zuschauer vorüberziehen. Der Spielfilm aus dem Jahr 1938 ist von mitreißendem revolutionären Schwung.

+ + +

Montag, 4. Juni, 20.00 Uhr, DDR-Fernsehen I
Alexis Sorbas. Griechischer Spielfilm aus dem Jahre 1964.

+ + +

Dienstag, 5. Juni, 20.15 Uhr, Hessen III
Das Frühstück im Grünen. Französischer Spielfilm aus dem Jahr 1959. Regie: Jean Renoir.

+ + +

Mittwoch, 6. Juni, 19.00 Uhr, Südwest III
Schlechte Karten (1). Ein Spielfilm in zwei Teilen von Adolf

Mittelpunkt steht.

Das wird geboten

- Diskussionen über die Lage und den Kampf der Jugend in den verschiedenen Ländern. Jeden Tag stellt sich ein anderes Land vor, und du hast Gelegenheit, mit den Jugendlichen zu sprechen.

  Zwei Großveranstaltungen zur Lage der Jugend in Europa und zum weltweiten Kampf der Jugend gegen den Imperialismus sind geplant.
- Kultur: Musik, Folklore, Tänze, Theater und Filme aus den verschiedensten Ländern der Welt. Ein valencianisches Volksfest zur Eröffnung und ein großes spanisches Kulturfestival, mit namhaften Künstlern, zum Abschluß.
- Und natürlich Sport. Ein großes Fußball- und Volleyballturnier wird die acht Tage über ausgetragen, bis schließlich der Lagermeister feststeht.

Aufruf zum III. Internationalen Jugendzeltlager!

Kommt zum III. Internationalen Jugendlager nach El Saler in Spanien! Nach Südfrankreich 1977 und Portugal 1978 wird El Saler in Spanien 1979 vom 3. bis zum 11. August 1979 zum Treffpunkt der sozialistischen und fortschrittlichen, antifaschistischen und antiimperialistischen Jugend der Welt.

Das Ziel dieses großen internationalen Treffens der Jugend ist die Demonstration ihrer Einheit und Solidarität im Kampf für ihre grundlegendsten Rechte und Forderungen:

- Gegen Jugendarbeitslosigkeit und die Abwälzung der Lasten der tiefgehenden Krise des kapitalistischen Systems auf unsere Schultern!
- Für eine allgemeine, kostenlose, qualifizierte und demokratische Schulausbildung! Eine zukunftssichere Berufsausbildung und einen Arbeitsplatz für alle Jugendlichen!
- Gegen politische Unterdrückung, Reaktion und Faschismus sowohl im Westen wie im Osten Europas! Für Freiheit, Demokratie und Sozialismus!
- Gegen imperialistische Kriegs- und Hegemoniepolitik und Chauvinismus! Für den Frieden und die antiimperialistische, antimilitaristische Einheit der Jugend der Welt!

In Erwägung der grundlegenden Interessen der arbeitenden und lernenden Jugend, die uns ungeachtet der Organisationszugehörigkeit und Weltanschauung verbinden, laden wir alle jungen Antifaschisten, Antiimperialisten, Sozialisten und Kommunisten ein, das III. Internationale Jugendlager in El Saler zu einer großen Manifestation unseres gemeinsamen Kampfes für die oben genannten Ziele zu machen!

Es lebe die revolutionäre Einheitsfront der Jugend!
Für die Rechte der Jugend — gegen Imperialismus und Reaktion!
Auf zum III. Internationalen Jugendlager!

(Aus dem Gemeinsamen Aufruf marxistisch-leninistischer Jugendverbände Europas. Mitunterzeichner des Aufrufs ist die Rote Garde, Jugendverband der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten).



Daß die Betreiber der Massenmedien die Wirkung der Filme bei Kindern kennen und einkalkulieren, zeigt sich deutlich am Werbefernsehen. Hier nehmen die Werbespots, die sich direkt an Kinder richten, rapide zu.

Großen Einfluß auf Kinder wird durch die Comic-Hefte ausgeübt. Allein die Bundesrepublik wird jährlich von einer Flut von 300 Millionen Exemplaren überschwemmt. In den meisten dieser Comics treten den Kindern schießende, würgende, stechende Helden entgegen, die kein anderes Bedürfnis haben als Blut zu saugen, Menschen zu zersägen, in Säure zu baden oder sonstwie zu Tode zu bringen. Untersuchungen haben als Folgewirkungen solcher Comics bei von Kindern und Jugendlichen die Zukunftsaussichten verbaut sind.

Und das Resultat dieser Einflußnahme? Allein in San Francisco wurden innerhalb von fünf Jahren 150 Schüler von Schülern ermordet. In der Bundesrepublik werden jährlich 45 000 Jugendliche wegen krimineller Delikte verurteilt und Zehntausende von Kindern belangt. — Vieles davon ist direkt auf den Einfluß der Massenmedien zurückzuführen. In Düsseldorf zum Beispiel ermordeten zwei Halbwüchsige einen Kellner auf bestialische Art und Weise. Vor Gericht gaben sie an, daß es ihnen nicht mehr genügt habe, den Tod eines Menschen im Fernsehen zu erleben. „Wir wollten mal sehen, wie ein Mensch stirbt ...“

\+ + +

Mittwoch, 6. Juni, 19.00 Uhr, Südwest III
Schlechte Karten (1). Ein Spielfilm in zwei Teilen von Adolf Winkelmann über Lehrlinge und ihre Schwierigkeiten im Betrieb.

\+ + +

Mittwoch, 6. Juni, 22.10 Uhr, WDR III
Das Ministerium der Angst. Amerikanischer Agentenfilm aus dem Jahr 1944. Regie: Fritz Lang.

\+ + +

Freitag, 8. Juni, 21.45 Uhr, ARD
Was wurde aus dem „roten Kietz“? Film von Fritz Pleitgen und Joachim Trenkner. — Wedding und Prenzlauer Berg: Wohnviertel des Proletariats im Wilhelminischen Berlin, Schauplatz von Klassenauseinandersetzungen in der Weimarer Republik. Nach Kriegsende hat sich viel verändert.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
Roter Morgen
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

ROTER MORGEN

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....
○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....
Straße: ....
Plz/Ort: ....
Unterschrift: .... Datum: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:
○ jährlich DM 60,— ○ halbjährlich DM 30,—

Die jeweiligen Gebühren werden mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. um 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements). Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt.

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.
ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN“, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92

5100 **AACHEN,** Viktoriastr. 35, geöffnet: Di 16.30-18.30, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr

4630 **BOCHUM,** Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37, geöffnet: Do 16.00-18.30 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 39 38 88, geöffnet: Mo, Mi, Do 16.00-18.00, Sa 10.00-13.00 Uhr.

6100 **DARMSTADT,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit“, Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 u. 43 36 92, geöffnet: Mo-Fr 14.00-18.00, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Bücherstube“, Alleestr. 49, Tel.: 0203 / 55 06 23, geöffnet: Mo-Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa. 9.00-14.00 Uhr.

2390 **FLENSBURG** (Duburg), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Burgstr. 5, geöffnet: Sa 10.00-12.00 Uhr, Tel. 0461 / 2 96 01.

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611 / 77 12 00, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

7800 **FREIBURG,** Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Di u. Do 17.00-19.00 Uhr, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen“, Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr

3000 **HANNOVER,** Buchladen „Roter Morgen“, Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62, geöffnet: Di-Do 17.00-19.00, Sa 9.00-13.00 Uhr

7100 **HEILBRONN,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann“-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17.00-19.00 Uhr

3500 **KASSEL,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klartext“, Mittelgasse 9, Tel.: 0561 / 1 65 07, geöffnet: Mi-Fr 15.30-18.00, Sa 10.00-13.00 Uhr

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 56 77 02, geöffnet: Mo-Mi u. Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.00, Do 9.00-13.00 u. 16.00-18.30, Sa. 9.00-13.00 Uhr

5000 **KÖLN** 91, Buchladen „Roter Morgen“, Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 85 41 24, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Buchhandlung „Neue Zeit“, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621 / 69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 5, Buchhandlung „Roter Morgen“, Frauenhoferstraße 13, Tel.: 089 / 26 75 54, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr

8500 **NÜRNBERG,** Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 / 43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 17.00-19.00, Sa 10.00-14.00 Uhr

7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 465 39 66, geöffnet: Mo, Di, Do u. Fr 11.00-18.00, Mi 15.00-18.00 u. Sa 10.00-13.00 Uhr.